

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Grubenbarone greifen an

Die Alternative: Entlassung oder 21 Prozent Lohnabbau

Großkämpfe in Sicht

TU. Kattowitz, 15. Januar.

Die Verwaltungen sämtlicher ostoberschlesischer Steinkohlengruben werden am Sonntag, dem 16. Januar, durch Aushang sämtlichen Bergarbeitern das Arbeitsverhältnis zum 31. Januar kündigen. Die Wiedereinstellung der Arbeiter wird davon abhängig gemacht, daß man sich mit einer Kürzung der jetzigen Löhne um 21 v. H. einverstanden erklärt. Bekanntlich hatten die Arbeitgeber die Forderung auf eine Kürzung der Löhne um diesen Hundertsatz schon bei den Lohnverhandlungen der letzten Tage aufgestellt. Diese Verhandlungen sind gescheitert, da die Arbeitnehmer sich einer solchen Lohnherabsetzung entschieden widersetzen.

Kattowitz, 15. Januar.

Der Beschluß des Arbeitgeberverbandes für den ostoberschlesischen Steinkohlengrubenbau, sämtlichen Arbeitern zu kündigen und sie nur unter der Bedingung wieder einzustellen, daß sie sich mit einer 21prozentigen Lohnkürzung einverstanden erklären, ist, wie angekündigt, am Sonntag den Belegschaften durch Aushang bekanntgegeben worden.

Der Beschluß hat unter der Belegschaft größte Bestürzung und Erregung hervorgerufen.

Zur Stunde ist noch nicht zu übersehen, welche Auswirkungen die Maßnahme des Arbeitgeberverbandes haben wird. Es steht fest, daß die Bergarbeiter den Versuch, unter Ausschaltung der Gewerkschaften eine Lohnkürzung in diesem Ausmaße durchzusetzen, den größten Widerstand entgegenzusetzen werden. Die Gewerkschaft erhält vom Arbeitgeberverband die Mitteilung, daß nach dem ergebnislosen Ausgang der Lohnverhandlung nicht die geringste Aussicht vorhanden sei, daß es noch zu einer Einigung kommen wird. Der Arbeitgeberverband hält daher weitere Verhandlungen für zwecklos. Die Gewerkschaften haben eine Sitzung einberufen, um die der Arbeiterschaft zu gebenden Anweisungen zu beschließen.

Den Grubenbaronen in Oberschlesien juckt das Fell. Die Langmut, mit der die Arbeiter sich bisher überall ihren Lohndiktaten beugten, hat jeweils nur die Wirkung, daß die Unternehmer hierdurch zu neuen Angriffen ermuntert werden. In Polnisch-Oberschlesien erdreisten sie sich jetzt, die Arbeiter einfach vor die Wahl zu stellen, sich entweder mit einem 21-prozentigen Lohnabbau abzufinden oder aber die Arbeitsplätze zu verlassen. Dabei reichen die Löhne schon jetzt nicht zu der notwendigsten Lebensfristung aus. Die Arbeiter sind daher vor die Entscheidung gestellt, entweder zu kämpfen oder aber Bettelstuppen zu löffeln. So haben — wie die nachstehende Meldung beweist — die Arbeiter des Dombrowaer Gebietes die Frage gestellt, so müssen sie auch die Arbeiter in Polnisch-Oberschlesien und schließlich auch in Deutschland stellen. Unmöglich darf sich jenes häßliche Schauspiel wiederholen, das sich vor Jahren ebenfalls im Bergbau abspielte, als erst die englischen Kumpels kämpften und die deutschen ihnen durch Leistungen von Ueberschichten in den Rücken fielen, um dann — zum Lohn — ebenfalls zu Boden geworfen zu werden.

Der Beschluß der Arbeiter des Dombrowaer Reviers müßte darum für die Bergarbeiter-Internationale Veranlassung

sein, sofort und ohne Verzug auf eine internationale Koordinierung der Kämpfe hinzuwirken, wie überhaupt die sozialen Kämpfe heute das engste internationale Zusammenwirken der Arbeiterschaft zum Gebot erheben.

Generalstreik in Polen?

Sosnowitz, 16. Januar.

Gestern fand ein Kongreß der Belegschaftsräte des Dombrowaer Reviers statt, der den Generalstreik ernstlich in Erwägung zog. Man kam überein, zur Klärung dieser Frage mit den ostoberschlesischen Verbänden in Verhandlungen zu treten.

24stündiger Generalstreik in Malaga

Paris, 16. Januar.

Nach spanischen Meldungen hat der Arbeiterverband in Malaga beschlossen, ab Sonntag früh einen 24stündigen Generalstreik durchzuführen. Der Streik richtet sich gegen Zwischenfälle, die sich kürzlich an Bord eines im Hafen von Malaga liegenden Dampfers ereignet haben.

Aus Granada wird berichtet, daß in Cozviar von bewaffneten Arbeitern auf das Haus des Bürgermeisters ein Bombenanschlag verübt wurde. Das Gebäude wurde schwer beschädigt.

Überall dasselbe

Mit dem Gummiknüppel gegen Erwerbslose New York, 15. Januar

Am Freitag kam es vor der City-Hall zu Erwerbslosendemonstrationen. Berittene Polizei griff ein und zerstreute die Demonstranten mit den Gummiknüppeln. Darauf nahm sie scharfe Absperrungen vor. Mehrere Personen wurden verwundet.

Ein neuer Justizskandal:

Korruption straflos! Nientimp und Konsorten freigesprochen

Dortmund, 16. Januar

Die hiesige Große Strafkammer befaßte sich seit vorgestern mit der Berufungsverhandlung gegen den früheren Reichstagsabgeordneten des Zentrums Nientimp aus Bochum und seine Mitangeklagten, den ehemaligen Geschäftsführer der Geweba (Großeinkaufsgenossenschaft der Westfälischen Bäckereinnung) Hundertmark wegen passiver Bestechung, den Direktor der Dortmunder Mühlenwerke A.-G. Horreysek und den Margarinefabrikanten Lindemann wegen aktiver Bestechung. Die Angelegenheit war durch ein Steuerhinterziehungsverfahren auf Grund der Anzeige eines früheren Angestellten der Geweba beim Landesfinanzamt in Münster gegen Nientimp und Lindemann in Fluß gekommen. Im Verlauf dieses Verfahrens waren Nientimp zu 23 000 RM. und Lindemann zu 10 000 RM. Geldstrafe verurteilt worden.

Ferner sollte Nientimp in den Jahren 1926 bis 1929 von den Dortmunder Mühlenwerken 140 000 RM. und von Lindemann 18 500 RM. als Bestechungsgelder erhalten haben, die prozentual nach den Lieferungen der beiden Werke an die Geweba berechnet waren. In der ersten Instanz waren Horreysek

Heizungsmonteur streiken

In Köln hat die Branchenversammlung der Heizungsmonteur den Streik beschlossen. Im größten Teil aller Betriebe ist die Belegschaft der Streikparole gefolgt.

Dem Streik liegt folgender Vorfall zugrunde: Um nicht mehr als Tarifkontrahent auftreten zu müssen, hatte sich der Arbeitgeberverband der Heizungsindustrie in Rheinland und Westfalen zu Ende Dezember kurzzerhand aufgelöst.

Der Metallarbeiterverband, der nun mit den einzelnen Firmen zwecks Abschluß eines Tarifes in Verhandlung trat, erreichte nur ein einmaliges Verhandeln mit lediglich sieben Firmen aus dem ganzen Gebiet. Die Arbeitgeber boten auf dieser Verhandlung einen Stundenlohn von 1,05 in der Spitze, um eine „Angleichung“ der Heizungsmonteur an die Metallarbeiterlöhne herbeizuführen. Um diese Forderung mit dem gehörigen Nachdruck vertreten zu lassen, war ein Teil der Unternehmer in den als „guten Vertreter“ bekannten Metallindustriellenverband Nordwest eingetreten.

Bisher betrug der Spitzenlohn der Heizungsmonteur 1,48 — auf Grund des guten Organisationsverhältnisses waren die Kollegen in der Lage, ihren Lohn zu halten.

Das obige Angebot der Unternehmer stellte einen Lohnabbau von etwa 26 Prozent dar und wurde von den Arbeitern als undiskutabel abgelehnt.

Nach dem 10. Januar erhielt nun jeder Kollege eine Erklärung zur Unterschrift vorgelegt, nach der ab 15. Januar die Löhne der Monteur 1,10 in der Stunde, Helfer I 0,80, Helfer II 0,72 betragen sollten. Ebenfalls sollten die üblichen Zulagen eine Kürzung bis zu 65 Prozent erfahren.

und Lindemann freigesprochen, Nientimp und Hundertmark, der von den Nebeneinkünften Nientimps die Hälfte abbekommen hatte, zu je 1000 Mark Geldstrafe und Verfall der Bestechungsgelder an die Staatskasse verurteilt worden. Das Strafverfahren war durch eine Anzeige des Vereins gegen das Bestechungsunwesen, Charlottenburg, in Gang gebracht worden.

Auch in der Berufungsverhandlung bestritt Nientimp mit Entschiedenheit, Schmiergelder erhalten zu haben. Er will die Ebebenzüge als Entgelt für seine wirtschaftspolitischen Auskünfte und Arbeiter für die geldgebenden Werke gewertet wissen. (!!) Die Teilung der Gelder mit Hundertmark sei erfolgt, weil er diesem privat verpflichtet gewesen sei.

In dem heute mittag verkündeten Urteil der Großen Strafkammer wurden die Angeklagten Nientimp, Hundertmark, Horreysek und Lindemann freigesprochen.

Es bleibt, wie die Begründung ausführte, gegen die Angeklagten Nientimp und Hundertmark „schwerer Verdacht“ bestehen, aber die Strafkammer hat die Vorgänge wegen des Todes des Direktors Brandenburger nicht einwandfrei feststellen können.

Auf dem Wege zum Sozialismus

Von Dora Fabian

Die Sozialistische Arbeiterpartei steht vor der Aufgabe, sich ein Programm zu schaffen. Von der Klarheit und grundsätzlichen Stichthaltigkeit der Analyse der gegenwärtigen ökonomischen und gesellschaftlichen Situation und der daraus gezogenen praktischen Konsequenzen für die proletarische Aktion hängt sehr viel für die Partei ab, sowohl hinsichtlich ihrer Anziehungskraft auf die Massen, als in bezug auf ihre Wirksamkeit als proletarische Organisation. Es ist Aufgabe des Programms, gegenüber den bestehenden proletarischen Parteien und ihren Programmen die Abgrenzung zu zeigen und den Beweis zu erbringen, daß zwischen ihnen für eine dritte Partei nicht allein noch „Platz“, daß sie sogar eine Notwendigkeit ist.

Die Entstehung von Parteiprogrammen ist an zwei Voraussetzungen geknüpft. Sie müssen Kollektivarbeit der auf den einzelnen Gebieten besonders erfahrenen Genossen sein, und sie müssen aus dem Willen und der Erkenntnis der Mitgliedschaft selbst herauswachsen. Beides erfordert gründliche Vorbereitung und Diskussionen in allen Kreisen der Partei. Bei diesen Diskussionen wird man weder an den bisherigen praktischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung noch an den jetzigen und früheren Programmen der sozialistischen Parteien vorbeigehen können.

Es ist daher ein besonders glücklich gewählter Ausgangspunkt, den die Genossin Anna Siemsen ihrem vor kurzem als Band 4 der „Marxistischen Büchergemeinde“ erschienenen Diskussionsbeitrag zur Programmfrage zu Grunde gelegt hat. (Auf dem Wege zum Sozialismus. Kritik der sozialdemokratischen Programme von Erfurt bis Heidelberg. Freie Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin-Tempelhof.) Anna Siemsen unterzieht in dem Buch, das, wie sie im Vorwort hervorhebt, nicht Ausdruck der Parteimeinung, sondern ihre persönliche Arbeit ist, das Erfurter und Heidelberger Programm einer grundsätzlichen Kritik, indem sie die Programme mißt an der jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Situation, die sie einer gründlichen Analyse unterzieht. Ebenso ist die Kritik, die sie an der gegenwärtigen Politik der Sozialdemokratie übt, verbunden mit einer gründlichen Behandlung der gegenwärtigen Machtverhältnisse. Aus der Bedrohung der Arbeiterschaft mit wachsender politischer Entrechtung, sozialem Abbau, wirtschaftlichem Elend und gesteigerter Unsicherheit, die jede heute mögliche Regierung bedeutet, zieht die Genossin Siemsen den Schluß, daß „nur die rücksichtsloseste Aufklärung über die Lage, in der wir uns befinden, nur die Weckung des Widerstandes durch Herausstellen der Kampfziele und der Kampfnotwendigkeiten die gegenwärtige tödliche Schwäche der Arbeiterschaft überwinden“ kann. Weil aber jeder solcher Versuch zu dem Bruch mit den gegenwärtigen Machthabern führen muß, lehnt die Sozialdemokratie ihn ab, muß sie ihn ablehnen.

Hier erwächst der klare Gegensatz zwischen uns und der Sozialdemokratie. Hier ist auch die Ursache, aus der die Sozialdemokratie jene Teile ihres Programms, die auf der Herabsetzung der Klasse beruhen, nicht in die Praxis des politischen Handelns umsetzen konnte. Daher mußte notwendig auch die sozialdemokratische

Propaganda zu einer Abstumpfung der Bewußtseins- und Willensbildung der proletarischen Massen, zu grundsätzlicher Unklarheit und praktischer Lethargie führen. Diesem Prozeß entgegenzuwirken, als Propagandaorganisation und Stoßtrupp voranzutreiben, das proletarische Bewußtsein als Voraussetzung der Willens- und danach der Machtbildung zu wecken, bezeichnet Anna Siemsen demgemäß als Hauptaufgabe der Sozialistischen Arbeiterpartei.

Ihre Kritik an den sozialdemokratischen Programmen leistet bereits ein erhebliches Stück Arbeit in der Richtung auf diese Aufgabe. Es ist das ganz besondere Verdienst dieses Buches, nach zwei Richtungen Klarheit geschaffen zu haben: einmal bezüglich der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Situation, zum zweiten bezüglich der Klärung einzelner Begriffe, die zwar in den gegenwärtigen Diskussionen eine große Rolle spielen, aber häufig als Schlagwort gebraucht, nicht mit den politischen Realitäten in Verbindung gebracht werden.

In sehr eingehenden ausgezeichneten Ausführungen beschäftigt sich die Genossin Siemsen mit der Frage der Demokratie. Sie erblickt den schwerwiegendsten Fehler des Heidelberger Programms und seines Kommentators Kautsky darin, daß sie durch den Passus „in der demokratischen Republik besitzt die (die Arbeiterschaft) die Staatsform, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerläßliche Voraussetzung ist“, in der Arbeiterschaft die Täuschung hervorgerufen haben, als sei der gegenwärtige Staat ein demokratischer. Das Programm und noch mehr seine praktische Anwendung haben übersehen, daß die geschriebene Verfassung keine ausreichenden Handhaben der Kontrolle über die außerparlamentarischen Machtfaktoren, Wirtschaft, Militär, Justiz, Polizei, Bürokratie, Erziehungswesen usw. gibt, daß die Pfeiler der Demokratie weniger das formale Recht der Verfassung als die reale Macht der Arbeiterbewegung bildet, daß erst in dem Augenblick, in dem die Arbeiterschaft die Grundlagen der Demokratie, Parlamentarismus, Koalitionsfreiheit, Pressefreiheit erobert hat, der eigentliche politische Kampf der Arbeiterschaft beginnt. Das Außerachtlassen dieser Tatsachen, die Illusion, als bliebe der Arbeiterschaft keine andere Aufgabe, als die sog. demokratischen Errungenschaften zu schützen und der ständig wachsende Machtverlust der Arbeiterschaft in diesem Staat haben dazu geführt, daß der Gedanke der Demokratie in der Arbeiterschaft immer mehr in Mißkredit geraten ist, daß die Gegner der Demokratie in solchem Maße zugenommen haben. „Die Millionen“, führt Anna Siemsen aus, „die heute in Deutschland erklärte Gegner der Demokratie sind, sind es geworden auf Grund der falschen Annahme, das heutige Deutschland sei eine Demokratie“. Für die Stellung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen zur Demokratie ist es außerordentlich wichtig, in der Weise, wie es hier geschieht, den Begriff der Demokratie zu klären und sie als das zu zeigen, was sie ist: sie ist nicht Ausgangspunkt, sondern Endpunkt des proletarischen Befreiungskampfes, sie ist nicht zu verwirklichen im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft.

Durch diese marxistische Analyse wird der scheinbare Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur aufgelöst. Die Mittel der Demokratie, Koalitionsfreiheit, Pressefreiheit, Wahlfreiheit sind heute zu Mitteln der bürgerlichen Diktatur gegen die Arbeiterschaft geworden. Das zur Macht gelangte Proletariat wird auf dem Wege der proletarischen Diktatur ihre wirkliche Demokratisierung und damit sein Ziel, die Aufhebung der Klassegegensätze, erreichen.

Die gleiche Klarheit und Schärfe, die diese grundsätzlichen Auseinandersetzungen auszeichnen, finden sich in den Teilen des Buches, in denen das Aktionsprogramm behandelt wird. Es ist — über Meinungsverchiedenheiten, die zu einzelnen Punkten bestehen mögen, hinweg — das unbestreitbare Verdienst der Genossin Siemsen, die Programmfrage aus dem Wust von Schlagworten befreit und in das Licht marxistischer Untersuchung gerückt zu haben. Es ist nicht nur für unsere Programmdiskussionen und die endgültige Programmgestaltung unentbehrlich, sondern auch darüber hinaus eine große Bereicherung der sozialistischen Literatur.

Granaten als Kinderspielzeug

Verhängnisvolle Explosion

Blankenburg/Saale, 16. Januar.

Ein schweres Unglück ereignete sich hier am heutigen Nachmittag. Vier Kinder, drei Knaben und ein Mädchen im Alter von fünf bis sechs Jahren, spielten mit dem Zünder einer 7,5-cm-Granate. Plötzlich erfolgte eine schwere Explosion. Ein fünfjähriger Knabe war sofort tot, ein zweiter, gleichaltriger, starb nach kurzer Zeit; ein fünfjähriges Mädchen wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht, während ein sechsjähriger Knabe leichter verletzt wurde.

Sauft für die Erwerbslosen! In der gesetzgebenden Versammlung von Quebec (Kanada) ist ein Regierungsantrag eingebracht worden, wonach eine Steuer auf Alkohol zur Unterstützung der Erwerbslosen erhoben werden soll.

Prozeß Stennes-Hitler

Richter sorgt sich um Einheit der Nazi-Partei

Adolf der Große

Das Wesen, das in Moabit um den Zeugen Hitler gemacht wurde, ist nicht recht verständlich. Seine Zeugenaussage war ohne Bedeutung für die weitere Öffentlichkeit und der Ansturm der Presse nur erklärbar, wenn man in Erwägung zieht, daß viele Organe der bürgerlichen öffentlichen Meinung noch im unklaren über den Termin sind, zu dem sie ihre Anpassung an die Hitlerkonjunktur vollziehen wollen. Der unbefangene Betrachter, dem der deutsche Faschistenführer zum ersten Male vor Augen trat, konstatiert zweierlei: Der Mann ist schlechterer Rasse, sicherlich alles andere denn ein „Germanentyp“. Eher mag er rassistische Bestandteile jener Völkergruppe in sich vereinen, die gewisse Forscher als „dinarische Rasse“ bestimmt haben. Ihr hervorstechendes Merkmal ist der hohe, kurze Kopf mit fast senkrechtem, wie abgehakt aussehendem Hinterhaupt.

Zum zweiten: der faszinierende, mitreißende Eindruck, den der Volksredner Hitler macht auf alle, die ihm folgen, ist für den Unbefangenen auch nach einer recht temperamentvollen Probe vor dem Richter nicht erklärlich. Der da abwechselnd in Rachen- und Kehltönen weniger sprach als raunzte, so selten nur das nichtssagende Gesicht von einem satten Lächeln erleuchtet, sonst finster vor sich hin stierend und mit einem überspitz geschärften Blei nervös Männerchen aufs Papier zeichnend — der soll das Geheimnis in seinem Innern bergen, das Sakrament politischer Führerschaft empfangen haben? — Der Mann ist ein Verrückter, von Selbstsucht und Geltungstrieb manisch Vorwärtsgetriebener, und wenn man näher hinsieht, so bleiben aus dem Gesicht, in dem das Bärtchen wie aufgeklebt wirkt, nur die Augen übrig, die Aufmerken verdienen. Es sind die Augen eines Irren, die stechen, wenn sie blitzen wollen. Augen, deren Strahl mit Widerhaken versehen ist. Man kann sich wohl vorstellen, wie diese Widerhaken in die Hörscharen seiner Volksversammlungen hineinschlagen und ihre Opfer an sich reißen, Fische, die an der Angel zappeln. Es muß etwas wie ein dunkler Bann sein, der sich auf Hitlers Hörer legt und sie in Verücklung fallen läßt. Aber undenkbar, daß dieser Bann auch Denkende faßt und umfängt. Die Bereitwilligkeit, sich von Hitler fangen zu lassen, muß vorhanden sein, und sie kann nur vorhanden sein bei einer Schicht, die dem Denken noch nicht erschlossen ist und die übrigen alle Eigenschaften in sich tragen muß, die dem Teil

des deutschen Volkes innewohnen, den Heine einmal als „germanischen Pöbel“ bezeichnet hat. Hier liegt Hitlers Domäne. Hier und nirgendwo anders.

Aufschlußreicher als Hitlers Personnage und Physiognomie waren wohl doch die Typen, die da hinter und neben ihm auf der Gerichtsbank saßen. Drei, vier Leute seines engeren „Stabes“ und dazu der Rechtsanwalt Frank II-München, Mitglied des Reichstags. Diese Schlagetot-Visagen, zusammengehalten mit dem leeren, stumpfen Gesicht des „Führers“, geben ein besseres Bild von der Nazi-Partei als hundert Nummern ihrer Zeitungen, gefüllt mit demagogischen Schlagworten und der Anpreisung von Barchent als Ersatz für Kultur.

Es muß eine Art von religiösem Wahnsinn sein, der Hitlers Attraktion bildet, ähnlich wie in einer psychologisch nicht wesentlich veränderten Zone der Prophet des weißen Käses, Herr Josef Weißenberg, die unbestrittene Herrschaft über angekränkelte Seelen mit seiner durchaus vergleichbaren Attraktion übt.

A. Kopp.

*

Berlin, 16. Januar 1932.

B. S. Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Bues als Einzelrichter fand am Sonnabend der Privatbeleidigungsprozeß statt, den Hauptmann a. D. Stennes gegen Adolf Hitler und den verantwortlichen Redakteur des „Angriff“, Dr. Lippert angestrengt hat. Es handelt sich bei diesem Prozeß bekanntlich um den Vorwurf, daß Hauptmann a. D. Stennes Polizeispitzel sei. Die Privatbeklagten Adolf Hitler und Dr. Lippert werden von den Rechtsanwälten Dr. Kamecke und Dr. Frank II-München verteidigt, während dem Privatkläger Hauptmann a. D. Stennes Rechtsanwalt Dr. Curt Becker zur Seite steht.

Ein ungeheurer Andrang von Schaulustigen und Zuhörern fällt auf. In weitem Umkreis ist das Gebäude des Kriminalgerichts polizeilich abgesperrt.

Der Vorsitzende bestrebt sich, dem Angeklagten Hitler die Bürde möglichst leicht zu machen. Entgegen aller Übung ließ er diesen Angeklagten seine Personalien durch Ausfüllung eines Fragebogens bekennen. Noch bevor die Öffentlichkeit hergestellt war, regte der Richter Vergleichsverhandlungen an, wobei er betonte, daß Hitler die Verantwortung für den inkriminierten Artikel ablehne. An die Parteien richtete er den Appell, sich doch „im Interesse der Partei“ (gehört

ihr Herr Bues an?) zu vergleichen, wenn sie auch auf getrennten Wegen marschierten... Hitlers Anwalt, Frank II, dankte denn auch „dem hohen Gericht“ — „für die national-sympathischen Ausführungen“. Er wie sein Klient seien „fanatische Anhänger der Gesetzmäßigkeit“, und diese Gesetzmäßigkeit erfordere die Prüfung, ob der Vorwurf gegen Stennes zutrefte oder nicht. Trotzdem machte der Amtsgerichtsrat Bues einen erneuten Vergleichsvorschlag und zitierte sogar Gerhart Hauptmann „Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz!“.

Dann endlich eröffnete der Richter die Verhandlung mit den Worten:

„Herr Hitler und Herr Dr. Lippert, würden Sie bitte einen Augenblick aufstehen!“

und verlas den Eröffnungsbeschuß.

Nun kommt endlich

Hitler zu Wort:

Er erklärt, er habe den Artikel weder zu verantworten noch geschrieben. Seine Artikel zeichne er, er würde sich nie in die Hand eines Journalisten begeben.

Rechtsanwalt Becker bittet, an Hitler die Frage zu stellen, ob er bereits ein halbes Jahr vor Erscheinen des Artikels Stennes als Polizeispitzel bezeichnet habe. Nachdem Rechtsanwalt Frank gegen die Frage Protest erhoben hat, erklärt der Vorsitzende die Angelegenheit für erledigt.

Rechtsanwalt Becker: „Ich bitte doch, die Frage zu klären, notfalls auch einen Beschluß herbeizuführen, ob meine Fragen zugelassen und nicht beantwortet werden, oder ob sie nicht zugelassen werden. Ich behaupte, daß Herr Hitler verantwortlich ist, und weiter, daß er selbst der alleinige Inspirator dieser Verleumdungen ist, und daß Leute, die diese Äußerung weiter verbreitet haben, lediglich das nachgesprochen resp. nachgeschrieben haben, was Herr Hitler erfunden hat.“

Hitler erklärt darauf nochmals, mit dem Artikel nichts zu tun zu haben.

Nachdem der Vorsitzende festgestellt hat, daß an Adolf Hitler keine weiteren Fragen zu richten sind, wird er vom Gericht entlassen.

Schließlich wurde folgendes Urteil verkündet:

Hitler wird freigesprochen

Dr. Lippert wegen übler Nachrede zu 300 RM. Geldstrafe, im Nichtbeitragsfalle zu 30 Tagen Haft verurteilt. Die Kosten trägt der Verurteilte, soweit Freispruch erfolgt ist, der Kläger.

Menetekel aus Frankreich

Ein Artikel Herriots gegen Brüning — Geschimpfe des „nationalen“ Deutschlands

Berlin, 16. Januar

Den deutschen Hetzern und Katastrophopolitikern fängt ein gewisser Körperteil an mit Grundeis zu gehen. Sie haben sich selbst so in ihren eigenen Schwindel hineingegeben, daß sie die immer deutlicher sich abzeichnende Stellung Englands in der Reparationsfrage als „unmögliche Kompromißgerüchte“ bezeichnen. Sie werden aber daran glauben müssen — im Doppelsinne dieses Wortes.

Vorläufig halten sie sich zur Ablenkung einmal an Herriot schadlos, den ausgerechnet die Telegraphen-Union betitelt als „Chauvinistischen Ignorant“, dem sie „bedauerliche Entgleisungen“ vorwirft. Die Meldung der TU ist nur insoweit benutzbar, als sie wörtliche Wiedergabe eines Artikels verzeichnet, der im „Petit Parisien“ und amerikanischen Zeitungen gleichzeitig veröffentlicht worden ist. Er trägt die Überschrift „Papierfetzen“ und wendet sich scharf gegen die Haltung der Reichsregierung in der Reparationsfrage im allgemeinen und den Erklärungen des Reichskanzlers im besonderen.

Die Erklärungen des Reichskanzlers, so betont Herriot, hätten die bedauerliche Folge gehabt, die Handlungen derjenigen zu lähmen, die eine ehrliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich wünschten.

„Wir waren wirklich überrascht“, so fährt er fort, „als wir die Mitteilung erfuhren, die der Reichskanzler dem englischen Botschafter in Berlin machte, um ihm das Ende der Reparationen anzukündigen. Wir sind der Auffassung, daß man nicht mehr an die Legitimität eines Vertrages, ganz gleich welcher Natur glauben kann, wenn freiwillig gegebene Unterschriften auf diese Weise in jedem Augenblick angefochten werden können. Werden wir wieder zum alten Regime der Papierfetzen zurückkehren?“

Für Deutschland ist es also ein Tribut, wenn es die Folgen der Zerstörungen bezahlen soll, die es angehäuft hat, der Brandstiftungen, die es anlegte, und der Leiden, die es aufzwang. Eher verstehen wir vielleicht noch die Zerstörung, die aus dem Zweckinteresse erfolgte. Sind aber die Reparationen nicht eine Notwendigkeit, wenn ein besiegtes Deutschland, das gezwungen ist, sich zurückzuziehen, eine Stadt wie Cambrai zerstört, nur um zu zerstören? Solange Worte wie diejenigen des Reichskanzlers von einem

Regierungschef ausgesprochen werden, sind sie nur ernst. Tragisch werden sie aber, wenn sie ein Reichskanzler, der so achtungsgelührend ist wie Brüning, im Namen des deutschen Volkes den anderen Regierungen zur Kenntnis bringt.“

Wenn Dr. Brüning, der erst kürzlich mit so viel Hochachtung in Paris empfangen worden sei, aus innerpolitischen Gründen gezwungen sei, die gleiche These zu unterstützen wie Hitler, so gehe das die Franzosen nichts an.

„Wir Franzosen fragen uns schließlich aber dann, warum nicht Hitler selbst? Wir haben das Rheinland vor dem festgesetzten Termin geräumt, und hat man uns auch nur ein Dankeswort gesagt? Kaum hatten unsere Soldaten den Rücken gekehrt, als man sie beschimpfte. Man darf sich in der ausländischen Presse keine Illusionen über einen Artikel in der „Depeche de Toulouse“ machen, der von einem Journalisten in einem Anfall von Verwirrung geschrieben worden ist. Frankreich wird weichherzig sein, aber nicht dumm. Man möge endlich aufhören, uns wie eine Gruppe Kinder zu behandeln, die dauernd die Peitsche nötig haben. Frankreich ist eine alte mündige Nation, die niemals Gewalt geduldet hat, ohne dagegen zu protestieren.“

Dr. Brüning hätte beinahe die Lausanner Konferenz zum Scheitern gebracht, an deren Nützlichkeit ich außerdem nicht glaube. Er hat unnützerweise Männer herausgefordert, die für ihn die ehrlichste Achtung hatten. Ich persönlich halte es im Interesse des Friedens für notwendig, einmal zu zeigen, daß die Pazifisten weder blind noch geistesgestört sind. Dr. Brüning hat den Friedensgedanken zurückgedrängt.“

Diese Ausführungen bedürfen keines Kommentars, sie sind deutlich genug. Nur eins sei betont: Herriot ist weder Chauvinist noch Ignorant und ist gewiß nicht deutschfeindlich. Er gehört — mit allen Einschränkungen, die für jeden bürgerlich-kapitalistischen Vertreter zutreffen — zu den ehrlichen Verständigungspolitikern, die in Frankreich so viel zahlreicher sind als in Deutschland. Aber was er hier ausführt, das ist keine Privatmeinung des Privatmanns Herriot, es ist die Auffassung von neun Zehnteln des französischen Volkes, das gegen die deutsche Politik immer stärkeres Mißtrauen hegt, das sich mehr und mehr erinnert fühlt an die Zeit der „Blut-

und Eisenpolitik“ Bismarcks, an die Unzuverlässigkeit und sprunghaftigkeit des wilhelminischen Systems.

So müssen die Ausführungen Herriots beachtet werden als das, was sie meinen, als ein gewichtiges Menetekel.

*

Lavals Prüfung

Dienstag Regierungserklärung

Paris, 16. Januar.

Am kommenden Dienstag wird sich das zweite Kabinett Laval dem Parlament vorstellen. Wie verlautet, soll die Regierungserklärung sehr kurz sein und sich fast ausschließlich auf außenpolitische Fragen, namentlich auf die bevorstehenden internationalen Konferenzen, beziehen. Sofort im Anschluß an die Verlesung der Regierungserklärung wird die Regierung die Diskussion der vorliegenden Interpellationen über die allgemeine Politik beantragen. Bisher sind solche Interpellationen nur von linksstehender (sozialistischer und radikaler) Seite eingebracht worden, und zwar von den sozialistischen Abgeordneten Frossard und Vincent Auriol sowie von dem radikalen Abgeordneten Cot.

Eine neue Debatte über die Wahlreform steht ebenfalls in Aussicht, da der Abgeordnete Mandel in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Wahlausschusses am nächsten Dienstag im Aeltestenrat der Kammer die schleunige Beratung der Wahlrechtsvorlage im Plenum beantragen wird. Die Wahlrechtsvorlage sieht bekanntlich die Beseitigung des zweiten Wahlganges vor.

Sechs Wochen Gefängnis für Frau Gandhi

Bombay, 15. Januar

Die Frau Gandhi ist zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden.

Die Tochter des früheren Präsidenten des Allindischen Kongresses, Vallabhai Patel, erhielt dreieinhalb Monate schwere Gefängnisstrafe.

Zu den Feiern des Sozialistischen Jugend-Verbandes

Die Führer der sozialen Revolution

Liebknecht / Luxemburg / Lenin

Von Willi Kriebmann
(Zeichnungen Fritz Wlassow)

Dreizehn Jahre sind an uns vorübergezogen, seit Karl Liebkecht und Rosa Luxemburg feige und hinterhältig ermordet wurden. Heute kann man klar und deutlich erkennen, welches Spiel die Mehrheitssozialisten, die Noske, Scheidemann und Ebert gespielt haben. Heute erkennen wir auch, daß der Mord von Karl und Rosa vorbereitet worden ist. Die Flugblätter aus jener dunklen Zeit charakterisieren uns deutlich, daß der Oberkommandierende Noske in seiner damaligen Funktion nur die Interessen der Bourgeoisie zu vertreten hatte. Es ist seine Aufgabe gewesen, nicht das Proletariat die Macht ausüben zu lassen, sondern die alten Funktionäre des kapitalistischen Systems wieder in Amt und Würden zu bringen. Es steht in einem Flugblatt: „Aufruf an alle wehrfähigen Männer!“

„Regierungstreue Männer Berlins! Nun habt ihr zur Genüge mit eigenen Augen gesehen und mit eigenen Ohren gehört, wie Liebkechts Massen dabei sind, unser gedemütigtes Vaterland in vollkommenen Verfall zu bringen, unsere Städte in Schutthaufen, unsere bis jetzt ruhigen Mitbürger in eine wildtobende oder angstzitternde, arbeitslose und hungernde Masse zu verwandeln. Unsere provisorische Regierung hat jetzt eingesehen, daß es nicht möglich ist, die Verblendeten mit Güte zur Ruhe zu bringen. Jetzt könnt ihr zu den Waffen greifen, um die heilige Ordnung in Deutschland, namentlich in Berlin, zu schützen. Zaudert nicht! Stellt euch sofort, wie ihr es 1914 getan habt. Die Gefahr ist größer als damals!

Oberkommandierender Noske“

Noch viel deutlicher spricht der „Vorwärts“ in jenen Tagen:

„Viel hundert Tote in einer Reihe! Proletarier!“

Karl, Ross, Radek und Kumpanei. Es ist keine, dabei, ist es keiner dabei, Proletarier!“

So hat man Luxemburg und Liebkecht ermordet, so ist aber auch die deutsche Revolution im Keime erstickt worden. Für die deutsche Arbeiterklasse, vor allem für die proletarische Jugend müssen Liebkecht und Luxemburg ein leuchtendes Fanal in der Geschichte der Arbeiterbewegung sein.

Brief ist so aktuell, weil er mit einem grellen Schlaglicht die gegenwärtige Situation und die Aktionslosigkeit des Proletariats aufzeigt. Er sagt:

„Voraussetzung aller politischen Macht ist die Aktionskraft, Voraussetzung aller Aktionskraft ist Einheitlichkeit des Willens und deren Voraussetzung wiederum: Einmütigkeit über Ziel und Mittel der Aktion.“

Liebkecht und die Jugend! Einer der ersten, hat er mit Klara Zetkin und anderen die proletarische Jugendorganisation geschaffen. Parteitage, die die Jugendfrage behandelten, waren immer ein Höhepunkt. Für Liebkecht war die Jungarbeiterschaft reinste Flamme der Revolution. Für diejenigen, welche eine Partei Jugend haben wollten, nur eine Rekrutenschule.

Die Jugend hatte damals wie heute besondere Funktionen. Die KPD und KJVD nehmen Liebkecht und viele andere für sich in Beschlag. Wir sagen, die heutige KPD und der KJVD haben längst nicht mehr das Recht dazu, Karl Liebkecht als ihren Führer hinzustellen. Für uns ist die Persönlichkeit Karl Liebkechts die beständige Mahnung zu revolutionärer Besinnung und zu der revolutionären Erkenntnis, das gesamte Proletariat zu einer klaren Front zusammenzuführen. Wir gedenken Karl Liebkechts, weil er das Programm der Revolution verkörpert. Proletarische Jugend und Liebkecht sind die erste Einheit.



Rosa Luxemburg

Mit Verleumdungen und Verdrehungen versucht heute die offizielle KPD Rosa Luxemburg vor den Augen der Arbeiterklasse mit Phrasen wie „Luxemburgismus“ abzutun. Sie fürchten die konsequente Sprache der Führerin der westeuropäischen Arbeiterklasse und die harte rücksichtslose Kritik gewisser Erscheinungen des Bolschewismus.

Rosa Luxemburg war vor dem Kriege die Theoretikerin gegen den Revisionismus Bernsteins. Zu den besten Werken der marxistischen Literatur gehörte: „Akkumulation des Kapitals“, „Einführung in die Nationalökonomie“, „Massenstreik“, besonders die Broschüre „Sozialreform oder Revolution?“ Gerade jetzt, wo die SPD wiederum im Fahrwasser des Nationalismus gelandet ist, ist die Junibroschüre („Die Krise der Sozialdemokratie“), die beste Literatur gegen die SPD.

Rosa Luxemburgs Größe hat den Höhepunkt erreicht beim Ausbruch des Weltkrieges. Sie zeigt als eine der ersten die imperialistischen Züge des Krieges auf. Schonungslos wurden das kapitalistische System und die Sozialdemokratie als seine Stützen entlarvt.

Der Zusammenbruch des imperialistischen Krieges ließen in Deutschland Luxemburg und Liebkecht an die Spitze marschieren, ihr persönliches und politisches Wirken ging dahin, Einfluß zu nehmen, um von der halben zur ganzen Revolution zu kommen.

Rosa Luxemburg, die geistige Führerin des Spartakusbundes, hatte Ende Dezember 1918 auf dem Gründungsparteiabend der KPD das Programm und Ziel der Arbeiterklasse aufgezeigt. Wie weit entfernt ist diese KPD von heute von dem Ziel, das Rosa aufgezeigt hat! Von der „einzigen“ revolutionären sozialistischen Partei ist heute nicht mehr viel zu spüren!

Es ist wahrhaftig eine Tragödie für die deutsche Arbeiterklasse, daß jetzt, wo es Aufgabe der gesamten revolutionären Arbeiterklasse wäre, gegen den Faschismus den Endkampf zu mobilisieren, die KPD die Fahne des revolutionären Marxismus verlassen hat.



Wladimir Iljitsch Lenin

Ein Sechstel der Erde hat einen Mann verloren, welcher der unwidersprochene Führer des Gesamtproletariats ist. Engels, Marx, Lenin sind die Fundamente der modernen Arbeiterbewegung. Man sollte Lenin über die Parteigrenze hinaus als den Führer des internationalen Proletariats sehen. Sein Werk ist die revolutionäre Initiative des Oktober 1917. Ohne Zaudern, mit zielklarer Entschlossenheit, haben die Bolschewiki unter Lenin es verstanden, allen Gefahren zu trotzen. Heute ist Rußland das Symbol von Millionen Arbeitern. Was in Rußland fehlte, wäre niederschmetternd für die Arbeiterklasse in anderen Ländern.

Der endgültige Sieg in Rußland bedeutet den Sieg der Arbeiterklasse der Welt. Doch wie weit entfernt ist leider die kommunistische Internationale von der revolutionären Erkenntnis, daß in den anderen Ländern andere taktische Methoden nötig sind, um den Sturz des Kapitalismus herbeizuführen! Doch dazu gehört die Umstellung der 3. Internationale. Dazu gehört die Verbindung von revolutionärer Theorie und Praxis.

Lenin und Trotzki standen an der Spitze des Weltoktobers und haben der Arbeiterklasse der Welt den Weg gezeigt. Mutig haben sie den Bürgerkrieg in Rußland überwunden, mutig aus Fehlern gelernt und je nach den gegebenen Situationen politische Konsequenzen gezogen.

Lenin hat die marxistische Dialektik in allen Zeiten anzuwenden gewußt. Er, den man als den „Haarspalter“ verschrien hatte, ist heute für den revolutionären Marxismus der klarste Politiker und Theoretiker.

*

Liebkecht, Luxemburg, Lenin!

Große Aufgaben stehen der deutschen Arbeiterklasse bevor. Die proletarische Front des klassenbewußten Proletariats muß geschlossen werden!

Einheitsfront! Die Reihen geschlossen, ein zielklares Programm! Unser gemeinsamer Weg mit allen Proleten muß gerichtet sein auf die Vorbereitung der proletarischen Revolution!

In der vorrevolutionären Periode muß das Blickfeld gesichtet werden.

Nicht die KPD, nicht die SPD, die Gesamtheit des Proletariats wird die Führung selbst zu wählen haben. Die Stunde der Einheitsfront aller revolutionärer Kräfte steht vor uns!

Der Begriff der Waffe

Oder: Jeder sein eigenes Waffenarsenal

Ein ehrlicher, jedoch nicht allzu mutiger Bäckergehilfe, der „berufsmäßig“ das Arbeitsamt in Berlin-Südost aufsuchen muß, wurde dortselbst von einer kriegsstarke Kompanie grimmer Kommunisten mit verdächtiger Freundlichkeit angehalten und bedroht. Zwar gelang es ihm als geübtem Frontkämpfer einen strategischen Rückzug anzutreten, aber angesichts der kriegsmäßigen Armierung der Kommunisten schien es ihm doch notwendig, die Polizei der „Judenrepublik“ zum Schutze seiner arischen Belange zu mobilisieren.

Die Polizei vernahm den SA-Ruf kaum, als sie auch schon mit einem Flitzerkommando vor dem Arbeitsamt erschien und die kommunistischen Streitkräfte bis auf die Unterwäsche durchsuchte.

Merkwürdigerweise fand sie jedoch weder russische Maschinengewehre noch die Kisten mit Handgranaten, mit denen sonst in den Erzählungen nationaler Bäckergehilfen die bösen Kommunisten ausgerüstet sind.

Aber ganz erfolglos durfte die Aktion nicht verlaufen, das ließ das Berufsinteresse der Polizei nicht zu. Und darauf verhaftete man einen Arbeitslosen, der einen Eßlöffel bei sich trug, mit dem er in der Volksküche zu essen pflegte. Denn Waffentragen ist nach der Notverordnung verboten und wer will behaupten, daß ein Eßlöffel keine Waffe sei?

*

Das wird Folgen haben.

Dieses Mal wird ein Eßlöffel als Waffe deklariert, weil er geeignet ist, einem anderen gefährliche Verletzungen zuzufügen und somit als Waffe im Sinne der Verordnung angesprochen werden muß.

Morgen wird man verkünden, daß mit dem Tode bestraft wird, wer eine Zigarrenspitze bei sich trägt. Man kann sie als Blasrohr benutzen. Bei Edgar Wallace schon dagewesen.

Ueberrnorgen wird man meiner Braut das Taschentuch konfiszieren, denn bei ihrer ausgesprochen staatsgefährlichen Gesinnung ist es nicht ausgeschlossen, daß sie einen Stein hineinbindet und dieses Mordinstrument als Totschläger verwendet. Eine Waffe im Sinne der Verordnung, kein Zweifel.

Man wird ferner anordnen, daß alle Einwohner unter 500 Mark Monatseinkommen nur noch Papiergeld bei sich tragen, da es nicht ausgeschlossen ist, daß die Revolutionäre Fünfmarkstücke fälschen, nur um sie als Wurfgeschosse zu verwenden.

Darauf wird man auch den Gebrauch von Papiergeld verbieten, weil es dazu dienen könnte, das Polizeipräsidium in Brand zu setzen. Ferner wird der Reißverschluss auf dem Verordnungswege administrativ einge-

führt, weil unter dem rauhen, aber herzlichem Griff der Staatsgewalt abreißen die Mantelknöpfe den Bestand der Republik gefährden, und man wird zwangsweise allen Proletarierinnen, die noch so unmodern sind, einen Dutt zu tragen, die Haare schneiden, denn ihre Haarnadeln dienen der Rebellion im Bürgerkrieg.

Nicht genug damit, wird man weiterhin...

*

Anmerkung der Red.: Leider ist es unserem Berichterstatter nicht möglich, unsere Erwägungen über die nächsten Maßnahmen der Polizeidirektion fortzusetzen. Man hat ihm den Bleistift konfisziert. Dieser besaß eine Spitze, spitze Gegenstände sind aber nach dem Sinne der Verordnung als Waffe... R.

Vier Opfer des Schachtbrandes

Schlotheim (Thür.), 16. Januar.

Bei dem Schachtbrand in Volkenroda waren, wie gemeldet, drei Bergleute durch Brandwunden schwer verletzt worden. Die drei Verwundeten sind im Knappschaftskrankenhaus Bleichroda ihren Verletzungen erlegen. Dadurch hat sich die Zahl der Todesopfer auf vier erhöht.

Ein Soldatenschinder

Greifswald, 16. Januar.

Der Unteroffizier Hellmann vom hiesigen Ausbildungsbataillon wurde wegen Mißhandlung eines Untergebenen bestraft. Der Schinder hatte einen Rekruten, der ihn angeblich angegrinst haben sollte, bis zur Erschöpfung mit den altbekannten Korporalmethoden der alten Armee, „Hinlegen“ und „Aufstehen“ traktiert. Auch mußte der Rekrut so lange „Stuhlstrecken“ üben, bis er nicht mehr konnte. Der Schinder aber gab zur Antwort: „Sie machen es so lange, bis Sie zusammenbrechen.“ Aber dieser Peiniger erhielt eine sehr geringe Strafe. Eine ganze Woche gelinden Arrest hielt das Gericht für angemessen. Solche Elemente sollten aus der Reichswehr rücksichtslos entfernt werden. Aber Herr Groener weiß ja, daß er bei den Panzerkreuzersozialisten, wie Schöpflin und Genossen, keinen Widerstand findet, denn diese „Sozialisten“ kämpfen ja nicht gegen, sondern „um“ die Reichswehr, wie Severing sich auszudrücken beliebt.



Karl Liebknecht

Wer kennt nicht den großen Revolutionär? Alle Hirne der Arbeiter, die ganze Welt spricht von dem kühnsten Vorkämpfer der proletarischen Revolution. Liebkecht stand vom ersten Tage seiner politischen Arbeit im Brennpunkt des politischen Lebens. Innerhalb der Sozialdemokratie kämpfte er gegen die Reformisten und Revisionisten, die aus der revolutionären Klassenpartei der Arbeiterklasse eine Reformpartei schaffen wollten. Er erkannte die großen Gefahren, die diese Politik in sich tragen mußte. Er erkannte daß die Konsequenzen der revisionistischen Politik ausklingen mußten in der Bejahung des Staates und der Vaterlandsverteidigung.

Karl Liebknecht war in der Vorkriegssozialdemokratie der erste, der einen erbitterten Kampf gegen den Militarismus führte. Karl Liebknechts Leben stand stets im Zentrum des revolutionären Kampfes gegen Krieg und Militarismus. Auf allen Parteitag, auf denen diese Fragen behandelt worden sind, hat er mit aller Konsequenz seine Ansicht vertreten. Wer in den Schriften von Liebknecht nachliest, der findet noch heute die höchste Aktualität. In dem politischen Brief Nr. 2, der die „Lebensfrage des Sozialismus“ behandelt, untersucht er die Probleme, die jetzt überall diskutiert werden. Der politische

Feuilleton der SAZ

Frankreichs

neuer Verbündeter

Der Thronfolger des christlichen Kaiserreichs Aethiopiens, dessen Negerdynastie sich direkt von den biblischen Königen David und Salomo herleitet, hat kürzlich der französischen Republik eine Staatsvisite gemacht. Im Pariser „Oeuvre“ veröffentlichte Georges de la Fouchardière darüber diese hohle Glosse, die auch deutsche Leser interessieren wird.

Man erzählt, daß im Jahre 1877 der Marschall De Mac-Mahon, der damals Präsident der Französischen Republik war, die Kadettenschule in Saint-Cyr besichtigte. Der Marschall De Mac-Mahon war etwa das, was wir gewohnt sind, „eine soldatische Erscheinung“ zu nennen; in ihm war für keinen Groschen Falsch.

Unter den Kadetten von Saint-Cyr, die vor dem Marschall Revue passierten, befand sich auch ein Neger. Mit seinem sprichwörtlichen Adlerblick erkannte ihn der Marschall an seiner Hautfarbe und bei diesem Anlaß prägte er das berühmteste der historischen Worte überhaupt. Der Marschall De Mac-Mahon winkte den Negerkadetten vor sich und redete ihn leutselig folgendermaßen an: „Sie sind also der Neger! Brav. — Machen Sie weiter so!“

Der Neger ist denn auch dem Rat des Marschalls gefolgt.

Von gleicher Beschaffenheit war der hohe Besuch, der gestern die Kadettenanstalt Saint-Cyr beglückte. Man weiß nicht genau, ob er den Marschall Franchet d'Espérey, der ihn ehrerbietig am Portal empfing, wohlwollend gefragt hat: „Ach, Sie sind der Marschall? Na, gut. Machen Sie weiter so!“

Aber man weiß, daß er sich geduldig die aethiopische Nationalhymne angehört hat, die von der Musik des 46. Infanterie-Regiments gespielt wurde, und er murmelte: „Diese Melodie da muß ich schon irgendwo gehört haben.“ Tatsächlich hatte der schwarze Kronprinz diese Melodie schon einmal gehört, beim Wecken im Elysée-Palast (dem Amtssitz des Präsidenten der Republik), gespielt von der Republikanischen Garde.

Der Empfang, der dem jungen Thronfolger Aethiopiens durch Frankreich bereitet wurde, ist wahrhaft großartig. Er muß um so mehr diejenigen in Erstaunen setzen, die noch wissen, wie in unserm schönen Lande zum Beispiel der große Häuptling der Kanaken empfangen wurde, der nicht im geringsten zur Frühstückstafel des Präsidenten hinzugezogen wurde, der auch nicht in Versailles in die Krönungskutsche Napoleons I. gesetzt wurde und dem man keine Galavorstellung in der Großen Oper gab, sondern den man in einen Käfig des Zoologischen Gartens, zwischen die Affen und die Krokodile logierte.

Aber der feierliche Empfang des jungen aethiopischen Prinzen kann wenigstens jene nicht verwundern, die vor Zeiten der Landung des russischen Geschwaders beiwohnten, das der Admiral Avellan kommandierte. Frankreich war damals vereinsamt in der Welt (in Wahrheit ging es ihm dadurch nicht schlechter als heute, denn ein Bündnis bedeutet eine mögliche Schwierigkeit und eine gefährliche Verpflichtung). Nun erschien zu dieser Zeit die Hoffnung auf ein Bündnis, und wäre es mit den Wilden, als eine Wohltat der Vorsehung.

Diamanten-Krankheit



Im Gebiet des ehemaligen Deutsch-Ostafrika sind neue Diamantenfelder entdeckt worden. Zu Tausenden strömen arme Diamantensucher heraus, um an dem Wettlauf um die besten Fundstellen teilzunehmen. Nach dem Startschuß des Regierungsvertreters keuchen sie in dichten Scharen über das Feld, um sich eine der winzigen Parzellen zu sichern. — Nach Monaten aufreibender Arbeit in Gluthitze und Fiebertagen wird dann selbst der Erfolgreiche um die Hälfte seiner Arbeit betrogen: Zwischenhändler und verarbeitende Industrie stecken den Löwenanteil am Diamantengewinn ein.

Heute wissen wir, was uns die russische Freundschaft eingebracht hat und bei uns hat man jetzt begonnen, wahrzunehmen, daß die Russen Wilde geworden sind, in dem Augenblick, als sie begannen, sich zu zivilisieren.

Nun, Frankreich ist heute mehr vereinsamt als zu Beginn der Herrschaft von Felix Faure (der Präsident, in dessen Amtszeit die Knüpfung des französisch-russischen Kriegsbündnisses fiel). Wenn morgen der Krieg ausbrechen sollte, werden wir nur Gott als Verbündeten haben, und das ist nicht viel, denn Gott ist auch der Verbündete von denen, die gegen uns kämpfen werden, und ebenso der Verbündete von denen, die uns eine keineswegs wohlwollende Neutralität bewahren werden, und das ist so ungefähr die ganze Welt.

Aber hier hat ein gekrönter Negerknabe, den der Stern der Verheißung herbeigeführt hat, uns die Ehre seines Besuchs bei Herrn Doumer (der gegenwärtige Präsident der Republik) erwiesen, der bisher durch gekrönte Häupter nicht verwöhnt worden ist — eine Krone hat stets beträchtlichen Eindruck auf die großen Herren der Republik gemacht —, und Herr Doumer hat, sehr herzlich, seine Nase an der des Thronerben von Aethiopiens gerieben, weil er höchstwahrscheinlich in den Be-

richten von Reisenden gelesen hat, daß dies das Zeremoniell eines Bündnisses zwischen zwei befreundeten Herrschern vorschreibe.

Frankreich kann hinfert aufatmen.

Es hat nun als Verbündeten den Nachkommen Salomos... Salomo war ohne Zweifel kein Neger, aber er hatte wahrscheinlich Negerinnen in seinem Harem; es waren schließlich Zeiten, wo die Bigamie selbst kein Delikt war, das vor das Schöffengericht gehörte.

Man kennt ja das Versprechen, das der Ewige dem König David gab, dem Vater Salomos... Der Kaiser von Aethiopiens ist ein wertvoller Verbündeter.

Hier haben wir den Grund, warum wir ihm auf der Ebene von Satory ein Schauspiel unserer militärischen Stärke gegeben haben, wo ein großes Scheingefecht stattfand, mit Unterstützung unserer Kampfwagen und unserer tapfersten Nichtstuer. (Denn was ist in Wahrheit ein Soldat? — Doch nur ein Arbeitsloser in Uniform!) Das Interesse unserer wirtschaftlichen Blüte und unserer Ruhe und öffentlichen Ordnung erfordert, daß wir alle unsere Arbeitslosen als Soldaten verkleiden, um künftig untergebene und gesättigte Arbeitslose zu haben. Aber das ist ein

System, das man dem Thronfolger von Aethiopiens gar nicht erklären konnte; er ist viel zu weit entfernt von der Krise.

Man darf hoffen, daß das französisch-aethiopische Bündnis minder katastrophale Folgen zeitigen werde als das französisch-russische Kriegsbündnis.

Wofür nicht Herr Mussolini, der wahrhaftig kein schlechtes Gedächtnis zeigt, eines Tages auf den Gedanken käme, für den Sieg Rache zu nehmen, den der Ewige früher einmal den Nachkommen Salomos über die römischen Eroberer gab. (Fouchardière spielt hier auf den Kolonialfeldzug an, den Italien zu Ende des vorigen Jahrhunderts gegen die aethiopische Unabhängigkeit führte und der nach der katastrophalen italienischen Niederlage mit der Vertreibung der Italiener endete. D. Red.)

In welchem Fall wir in Addis-Abeba (die Hauptstadt Aethiopiens. D. Red.) durch das Spiel der Allianzen, die häufig Mesallianzen (Mißheiraten D. Red.) sind, die kleine Diskussion erneuert finden würden, die beim letztenmal in Serajewo ihren Ausgang genommen hat und in welchem Fall der Neger, der Prophezeiung des Marschalls folgend, das weitermachen würde, was einstens der Slawe begonnen hat.

Kleines Feuilleton

Dreiser in Budapest verboten

Der Film „Amerikanische Tragödie“, der nach dem gleichnamigen Dreiser'schen Roman gedreht ist, wurde von der ungarischen Filmzensur verboten.

Farben — aus Metall

In Kalifornien ist es zwei amerikanischen Chemikern nach fast vierzigjährigen Vorarbeiten gelungen, aus Rohmetallen, ohne sie zu schmelzen, flüssige Farbstoffe herzustellen, die sich zum Anstrich wie auch zum Bemalen der verschiedensten Gegenstände vorzüglich eignen. Die Verwandlung des Rohmaterials in die Farben erfolgt in der Weise, daß man die Rohmetallstücke, in denen, wie die Erfinder behaupten, „die Grundstoffe aller Farben“ enthalten sind, zuerst zerkleinert, worauf die wertvolleren von den geringeren Bestandteilen abgetrennt werden, da zu Umwandlung in die Farben nur die geringwertigen Teile des Rohmaterials gebraucht werden. Nun werden die Metallstücke solange zerkleinert, bis sie schließlich ein mehlfines Pulver bilden, und hierauf unter gleichzeitiger Hinzufügung einer chemischen Substanz in einem Kessel aufgelöst. Nach der Einwirkung eines Dampfdruckes, durch den die freiwerdenden Gase ausgepumpt werden, bleibt als Rückstand eine farblose Lösung von flüssigem Metall zurück. Die Verwandlung dieser Flüssigkeit in eine Farbe erfolgt erst dann, wenn man ihr eine gewisse Menge der im Verlauf des Auflösungsprozesses sich bildenden und verflüchtigten Gase beifügt. Je nach der Mischung lassen sich auf diese Weise aus Eisen, Blei, Zink, Wismut und anderen Metallen vorläufig 276 verschiedene Farben gewinnen. Sehr merkwürdig ist es auch, daß die Metallfarben im Laufe der Zeit zu „wachsen“ scheinen, da man die Beobachtung machte, daß eine in einem Glas aufbewahrte kleine Farbmenge nach zwei Jahren fast achtmal schwerer war als vorher. Vermutlich beruht diese Erscheinung auf der langen Einwirkung der Gaalösung auf die Metallflüssigkeit.

Maria Leitner



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

23. Fortsetzung

„Schon gut. Kleine, du bist heute wahrscheinlich mit dem linken Fuß aufgestanden, daß du gar keinen Spaß verstehst?“

„Spaß? Ihr ärgert euch nur, wenn ihr merkt, es könnte jemandem, mit dem ihr zusammen gearbeitet habt, eines Tages besser gehen.“

„Ach, ich merke schon, die Gnädigste will ganz hoch hinaus.“

„Ja, ich will hinaus, raus aus diesem Dreck, ich will nicht ewig so leben wie jetzt. Seid ihr zufrieden mit eurem Leben, gut, das ist eure Sache. Aber warum braucht ihr mich auszulachen, weil ich es besser, weil ich es anders haben will?“

Der Italiener lacht tatsächlich, er amüsiert sich köstlich. Er winkt seinen Kollegen heran, den Oesterreicher, und stellt ihm mit allerlei Zeremonien und großen Gebärden Shirley als zukünftige große Dame vor.

Sie zittert vor Wut und sieht sich hilflos nach dem Grünhorn, nach Fritz um. Weil sie jedoch fühlt, daß sie den Konditoren gegenüber den Kürzeren zieht, herrscht sie Fritz an.

„Warum lachst du so dumm? Ist es so lächerlich, wenn man den Willen hat, etwas Besseres zu werden, als man ist?“

Das hübsche Mädchen ist ein Dummchen, findet Fritz, aber weil die Kleine so hübsch ist, trotz ihres Aergers, möchte er sie gern be-

kehren. Schade, daß die Mandeln, die es gar so eilig haben, geschält zu werden, ihn daran hindern, ihr ausführlich alles zu erklären.

„Meinst du wirklich, daß du etwas Besseres wirst, wenn du schönere Kleider tragen kannst? Und genügt es dir, daß es dir allein besser geht, während die anderen genau so leben wie früher?“ fragt Fritz.

„Ja, — jeder kann nur sich selbst weiterhelfen.“

„Meinst du das wirklich? Glaubst du, du wirst so weit kommen? Darüber hast du wohl noch nie nachgedacht, wie allen und auch dir selbst geholfen werden könnte?“

Nein, daran hätte sie noch nie gedacht. Sie geht mit ihren Schürzen und Mützen weiter, aber kommt bald in die Konditorei zurück. Ihr Korb ist ja auch noch da.

„Wie meinst du das, was du vorhin gesagt hast? Wie wäre es möglich, allen zu helfen?“

Fritz muß unentwegt Mandeln schälen.

„Das kann man nicht so schnell erklären, aber vielleicht hast du einmal Zeit und man könnte darüber miteinander sprechen.“

Nein, Shirley hat keine Zeit, sie hat auch nicht die Absicht, länger als bis heute abend hier zu arbeiten, sie meint es ernst mit ihren Absichten „etwas Besseres“ zu werden. Sie wird morgen als Gast wiederkommen in das Hotel, — das wird sie, das will sie. Sie wird dann freilich nicht die Möglichkeit haben, sich mit Fritz zu unterhalten und sie wird so nicht erfahren, was Fritz vorhin meinte.

Aber er brauche sich ohnehin nicht einzubilden, sie wäre so leicht zu überzeugen; sie kenne das Leben vielleicht besser als er, besonders hier im Hotel. Sie arbeitet seit sechs Jahren hier und er seit einem halben Tag, und doch will er sie aufklären, das Grünhorn.

Fritz verheißt es sich nicht: sie ist ein Dummchen.

Aber sie spricht weiter.

„Wie könnten sich alle helfen, wenn sie es selbst nicht wollen? Die meisten sind ja zufrieden mit dem Leben, das sie führen, sie wollen es gar nicht anders haben. Sie sind feige und faul, liegen auf den Knien und murmeln Gebete, sie essen den Fraß, den man ihnen vorsetzt und sagen keine Silbe. Da geh und hil ihnen! Ich kann dir nur eins sagen, mein Junge, ich hab' genug von dem Leben, das ich bis jetzt führen mußte.“

Vielleicht ist sie doch nicht so dumm, denkt Fritz, man müßte mit ihr sprechen, ihr alles erklären, aber jetzt muß er sich leider mit seinen Mandeln beschäftigen.

Der Oesterreicher ist übler Laune; Kellner kommen mit Extrabestellungen, das ist etwas, was er ganz und gar nicht mag.

„Ich möchte am liebsten nie diese glattgeleckten Kerle sehen, die sich feiner dünken als sonst jemand auf der Welt. Einen chaud froid willst du haben, gerade jetzt, wo ich am meisten zu tun habe?“

Der Italiener ist weiter zum Spaß aufgelegt. Er zeigt auf Shirley und sagt dem Kellner:

„Sieh dir diese Dame gut an, morgen wirst du sie im Dachgarten bedienen: „Madame, ich bin Ihr Diener!“ Er wendet sich mit einer komischen Verbeugung gegen Shirley.

Aber der Kellner ist ungeduldig.

„Ist die Bestellung noch nicht fertig?“

„Dummkopf du, meinst du, wir können hexen? Du solltest zur Hölle fahren mit deinen blöden Bestellungen.“

Der chaud froid ist unbeliebt bei dem Konditor. Das Vanilleis, das mit einem

Meringue überzogen ist, muß einen Augenblick im Ofen gebacken werden, ohne das Eis zerfließen zu lassen. Ein Kunststück.

„Fertig?“

„Hier hast du deine verfluchte Bestellung und sage deinen Gästen, daß sie daran erstickten sollen.“

„Von mir kannst du ausrichten, sie möchten angenehm krepieren.“ fügt noch der Italiener hinzu.

„Siehst du, so wird man auch über dich sprechen, wenn du Gast bist.“ sagt Fritz zu Shirley.

„Glaubst du, den Gästen tut das weh? Ich würde auch nicht viel davon merken. Aber wie ich jetzt lebe, das merke ich. Wenn ihr mit eurem Los zufrieden seid, traurig genug.“

„Ach, zufrieden, was du dir wohl denkst, Kleine,“ ruft der Italiener. „Ich will nur noch tausend Dollar sparen, dann geht es zurück nach Italien. Ich habe genug von dieser Schwitzbude, von der Dreckluft, die ich in dieser Dreckstadt atmen muß. Italien, Kleine, da würdest du staunen, was das für ein Land ist.“

Aber der Oesterreicher ist skeptisch.

„Und wenn du dort bist, gefällt's dir nicht mehr. Paß auf, man gewöhnt sich dann nicht so leicht wieder an das Alte. Aber von hier heraus möchte man schon, da hast du recht, Mädel, es wird einem nur nicht so leicht gemacht. Du wirst auch noch dein blaues Wunder erleben. Ich habe es schon mal versucht mit der Selbständigkeit. Man hatte uns weisgemacht, daß die Angelegenheit — es war so eine kleine Kneipe, wilst ihr — eine Goldgrube sei. Hat mich ein klotziges Geld gekostet, alles, was ich mir erspart hatte. Nun, eine Grube war sie, in die wir schön mitsamt unserm Gold hineingefallen sind. Nur die Großen können es zu etwas bringen.“

Der Italiener seufzt noch einmal: „Italien...!“ Er ist aber heute guter Laune und sagt zu Shirley:

(Fortsetzung folgt)

Die „Tribüne“ der SAZ dient der Aussprache. Die Redaktion nimmt diese Zuschriften auf, gleichviel, ob sie mit dem Inhalt übereinstimmt oder nicht. Die Redaktion übernimmt daher für die in der „Tribüne“ erscheinenden Artikel nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Wahrheit vor allem! *Herbert Frank, Lübeck*

In den wenigen Wochen, die wir mit der Gründung der SAP miteinander marschiert sind, hat sich in uns allen ein Wandlungsprozess vollzogen. Wo diese Wandlung noch nicht fertig ist, müssen wir nachhelfen. Es handelt sich um die Wandlung von der SPD-Opportunisten zur richtungweisenden revolutionär-sozialistischen Arbeiterpartei. Zuerst nach der Gründung haben wir uns doch vielleicht noch als ein Stück Sozialdemokratie empfunden. Nun geht es aber darum, daß alle Genossen lernen, auf eigenen Füßen zu stehen! Wenn man so sagen will, war unsere Aufgabe in der SPD leichter. Wir stellten dann und wann, die wenigen führenden Linken etwas häufiger als wir in den Ortsgruppen, die Linie der marxistischen Opposition heraus. Dabei waren wir aber doch ziemlich stark auf kleinere Kreise beschränkt. Es ging ja vor der Spaltung gerade darum, an die Massen heranzukommen. Und diese Aufgabe ist nun von uns als Partei in viel stärkerem Maße zu leisten: zu allem die klare marxistische Meinung aufzuzeigen.

Der Wandlungsprozess in uns hat sich so weit vollzogen, daß wir der SPD ideologisch nicht mehr näher stehen als irgendeiner anderen proletarischen Partei. Im Gegenteil, vielleicht stehen wir der SPD am wenigsten nahe. Nun hat ein Teil unserer Genossen — und selbst kommt man ja jeden Tag in die Versuchung — seine Aufgabe darin gesehen, in demselben Maße, in dem wir von der Sozialdemokratischen Partei Abstand gewonnen, nur verstärkt auf sie zu schimpfen. Ich will kein Anwalt der SPD-Führung sein. Aber wir wollen nicht glauben, daß die Auch-Genossen, die sich uns gegenüber besonders „freundlich“ benommen haben, und die sich durch besonders „arbeiterfreundliches“ Verhalten auszeichnen, nun die einzigen Faktoren im Kampf der Arbeiterschaft darstellen. Wir würden damit ihre Bedeutung überschätzen. Es ist eine Enge der Betrachtung, wenn man nur die „verfl... Bonzen“ verdonnert. Unsere Aufgabe ist eine ganz andere. Wir sollen den Arbeitern Klarheit verschaffen, was ist und — was sein wird. Daß dieser oder jener „Genosse“ ein Schweinehund ist, konnten wir auch als SPD-Opposition

sagen, das sagten schließlich auch die Kommunisten. Wo es nötig ist, werden wir natürlich rücksichtslos weiterhin Schweinereien entlarven. Was aber am Tage der Revolution zu geschehen hat, wie der sozialistische Aufbau sich vollziehen soll, das aufzuzeigen, fehlte uns in der SPD die nötige Freiheit, auch die nötige Freiheit von der SPD-Ideologie. Hier müssen wir nun auch gerade die Gradheute aufbringen, die die KPD verloren hat, da sie sich in flachem Opportunismus verliert. (Wir brauchen nur an die „nationale Befreiung“ oder an das Bauernprogramm zu denken.)

Wir müssen den Arbeitern wieder Vertrauen geben, Vertrauen zu sich selbst, zu ihrer eigenen Kraft. Wir müssen ihnen wieder sagen, daß sie die Werkleute der kommenden Gesellschaft sind. Damit sie ihre Aufgabe meistern können, müssen wir an ihre Einigkeit im Kampf appellieren. Aber mit dem Appell an die Einigkeit ist es noch nicht getan. Die Arbeiter wollen wissen, was nachher kommt. Genau so, wie es nicht genügt, wenn wir nur den „Sozialismus“ propagieren. Darunter kann sich niemand etwas vorstellen. Mit dem Wort ist zuviel Schindluder getrieben. Die Sozialdemokraten haben ihre Republik den halben „Sozialismus“ genannt. Für die Gewerkschaftsführer waren Tarifrecht und Betriebsrätegesetz ein Stück „Sozialismus“. Auch die Nazis wollen „Sozialismus“. Wer will ihn eigentlich nicht? Wir müssen dem Proletariat sagen, daß sie sich nicht wieder überrumpeln lassen sollen, wenn ein neuer November kommt. Daß die Macht dann nur den Arbeitern und nur ihren Vertretern gehören soll. Daß proletarisch verordnet und proletarisch Recht gesprochen werden soll, daß eine proletarische Wehr die Gesetze durchsetzen soll. Dem Gedanken des Rätestaates ist ein neuer Inhalt zu geben. Ganz konkrete Fragen der Sozialisierung sind zu diskutieren und durchzuarbeiten, damit nicht wieder in einem großen Augenblick ein kleines Geschlecht seine Aufgabe verkennt.

Unsere Aufgabe ist, revolutionärer Vortrupp zu sein. Klarheit auf dem Marsch und Klarheit im Ziel!

Wie besiegen wir den Faschismus?

Von Ernst Reckzeh

Ein großer Teil des politischen Wortschatzes wird durch Schlagworte und Parolen gebildet, die in ihrer Vereinfachung der Gegebenheiten eher eine Verdunkelung als eine Klärung der wirklichen Lage bedeuten. Das birgt die große Gefahr in sich, entweder keine Willensimpulse zu entfalten oder sie in eine falsche Richtung zu treiben. Im Hinblick auf die Parolen, die der Vernichtung des Faschismus dienen sollen, möchte ich einmal eine Klärung versuchen.

Der Nationalsozialismus ist das wichtigste Problem der Gegenwart. Wir sind davon überzeugt, daß er nicht die Lösung der heutigen Krise bringen kann, weil seine Programmsätze an den wichtigsten Gestaltungskräften der Gegenwart vorbeigehen. So vor allem an der Strukturwandlung der Wirtschaft zum Monopolkapitalismus, der eine Rückkehr zu individualistischer Wirtschaftsweise nicht mehr zuläßt oder nur unter Aufgabe der wirtschaftlichen Ausgestaltung und kulturellen Entwicklung der letzten 100 Jahre. Unser Kampf gegen den Faschismus geht also darum, die entfaltenen Produktivkräfte nicht zerschlagen zu lassen, damit sie dem gesellschaftlichen Leben voll dienstbar gemacht werden können. Unser Kampf dient so offensichtlich dem Fortschritt der Menschheit.

Sind wir uns über die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Faschismus klar, so ist nur noch das „Wie“ zu entscheiden.

Hier gibt es Empfehlungen genug. Sie sind aber durchweg so gefaßt, als ob es gelte, einen uns in klarer Front gegenüberstehenden Feind zu besiegen. Das ist durchaus nicht der Fall; denn wir finden bei den Nationalsozialisten in der Hauptsache nicht den Klassengegner, sondern Proletariat (darunter den proletarisierten Mittelstand und die notleidende Bauernschaft), die sich gegen das bestehende System der Verelendung auflehnen. Die Parole: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“, würde dasselbe bedeuten wie der Krieg, in den ein Proletariat den anderen im Namen des Vaterlandes toteschloß.

Wir müssen darum tiefer gehen.

Die NSDAP ist gegründet worden mit einer Frontstellung gegen die angeblich allein das Finanzkapital verkörpernden Juden und gegen die sogenannte nationale Versklavung Deutschlands. Sie fand darum solange keine Resonanz bei der Masse, als ein wirtschaftlicher Aufstiegs vorhanden war. Die Wirtschaftskrise

machte diesem Aufstiege ein jähes Ende. Von allen Seiten tauchten für diese Tatsache Erklärungen auf. Für die sozialistisch geschulten und von den Arbeiterorganisationen erfaßten Menschen war die Erklärung einfach; das kapitalistische Wirtschaftssystem versagte in nie gesehener Ausmaß. Die Folgerung lautete darum Beseitigung dieses Systems.

Die gesamte bürgerliche Welt fand aber andere Erklärungen. Die wichtigsten sind: Reparationen, Zinsbelastung und Verwaltungskorruption; Verbrennung des Staates, was gleichgesetzt wurde mit Besetzung entscheidender Stellen durch unfähige Kräfte. In dem so geistig vorbereiteten Boden fand der Nationalsozialismus seine Wachstumsbedingungen. Die Sozialdemokratie als vorgeschobener Posten der Arbeiterbewegung und Anwalt des Sozialismus konnte mit einem Ansehen an Richtigkeit mit dem als korrupt und schlecht empfundenen System identifiziert werden. Hinzu kam, daß sie die ihr vertrauenden Massen schmählich enttäuschte, weil sie mit Illusionen in eine Regierung ging, denen ein schmerzliches Erwachen folgte. Das Tragische war, daß die Sozialdemokratie den Mißerfolg nicht zugeben wollte und durch Verschleierung der wirklichen Gründe vor den Massen die Verantwortung trug für eine Entwicklung, deren Ursache einzig und allein im Kapitalismus zu suchen ist. Durch eine offene Selbstkritik wäre es möglich gewesen, die Arbeiterschaft gegen den wirklichen Schuldigen, gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem zu mobilisieren. Warum das nicht geschah ist begründet in einer Auffassung vom Stand der Dinge bei den ausschlaggebenden Faktoren der Arbeiterbewegung, die von der Entwicklung längst abgetan ist, nämlich in dem Glauben: über einen gesunden Kapitalismus zum Sozialismus.

Durch diese Tatsachen konnte der Nationalsozialismus als Anwalt der Reinheit auftreten und wurde nach seinem ersten großen Erfolg, der aus dem allgemein gewordenen Bedürfnis nach Klarheit politischer Führung entsprang, eifrig von der Generalanzeigerpresse sekundiert. Dieses dauernde Bombardement auf die überwiegende Bevölkerung Deutschlands konnte und kann natürlich nicht erfolgreich bleiben angesichts einer sich dauernd verschlechternden Lage. Diese Beeinflussung blieb eine durchaus einseitige, da diese Kreise durch Schuld der Sozialdemokraten und ihrer Praxis zu sozialistischen Argumenten keinerlei Zutrauen mehr aufbringen.

Der Nationalsozialismus ist mehr als bloßer Knecht des Kapitalismus, wenigstens nach seinem Ideengehalt. Er hat nicht nur eine kritische Einstellung zur Gegenwart, sondern auch eine positive Idee über den Aufbau einer neuen Gesellschaft. Wir halten sie zwar für falsch, müssen aber mit ihr rechnen. Durch die Kraft gedanklicher Beeinflussung wird es darum nicht gelingen, seine Anhänger umzustimmen. Ebenso ist es vergebliche Mühe, gegen eine ideelle Bewegung polizeiliche Gewalt einzusetzen. Die Erfahrungen des Sozialistengesetzes dürften doch gerade bei den Sozialdemokraten in guter Erinnerung sein. So wäre ein Abwenden der Massen vom Nationalsozialismus nur möglich, wenn er nach der Machtergreifung Schiffbruch erlitten hätte. Das aber, daß er überhaupt zur Macht kommt, gilt es zu verhindern; denn es würde ja, wie schon gezeigt, unendliche Gefahren für die Arbeiterschaft in sich bergen.

Wir stellten fest, daß die Kraft der Argumente oder gar die Waffe der Terrorisierung ein Schlag ins Leere ist. Was ist zu tun?

Letztlich wurzelt der Nationalsozialismus in der ungeheuren Not der Massen. Hier muß angepackt werden. Mit aller Kraft muß die Arbeiterschaft daran gehen, die Not zu beseitigen. Nicht durch Wohlfahrtssuppen, sondern durch klare Frontstellung gegen die Ursache der Not, das kapitalistische Wirtschaftssystem. Hier ist der Feind, und gegen den müssen wir uns wenden. Wir wollen gar nicht die Gefahr des Faschismus verkleinern; aber wir müssen mit Illusionen aufräumen, die eine Überwindung des Faschismus ohne Beseitigung des Kapitalismus glauben. Die Aufgabe der Arbeiterschaft lautet zwar Abwehr des Faschismus, aber wirksame Abwehr durch Erledigung des Kapitalismus. Wir sind davon überzeugt, daß die Not der Massen nur durch den Sozialismus behoben werden kann. Darum erscheint uns dieser nicht als Märchen der Zukunft, sondern als dringendste Gegenwartsaufgabe. Die Arbeiterklasse muß alles daran setzen, eine planmäßige Gestaltung der Wirtschaft, das in Uebereinstimmungbringen von Produktion und Absatz, von Herstellung und Verbrauch der Güter herbeizuführen. Darin allein liegt die Kraft, die die rückwärtsgerichtete Bewegung des Nationalsozialismus überwinden wird. Wir glauben an den Sieg des gesellschaftlichen Fortschritts, wenn sich die Arbeiterschaft ihrer Macht bewußt wird. Ein Festhalten an der Form der Demokratie bedeutet heute Passivität der Arbeiterschaft. Die Losung ist die Diktatur des Proletariats zur Herstellung der sozialistischen Planwirtschaft.

Massenschulung durch Funktionärschulung

Von Otto Bepler, Heuchelheim-Gießen

Wer täglich im politischen Kampf draußen unter den Massen steht, wird mir ohne weiteres recht geben müssen, wenn ich behaupte, daß das Problem der Massenschulung immer brennender in den Vordergrund der politischen Agitation tritt. Es schwirren dem politischen Agitator häufig fast ungläubhafte Auffassungen über alle möglichen Probleme entgegen, die von den betreffenden Leuten dazu noch durch Argumente „gestützt“ werden, welche durchaus jeglicher Objektivität entbehren und somit einfach unhaltbar sind. Daher scheint es, rein äußerlich gesehen, sehr leicht zu sein, diese mangelhaften, falschen Auffassungen samt ihren Argumenten zu zerpfücken und auf Grund einer marxistischen Darstellung der Dinge das Gegenteil von dieser oder vielmehr die einzig richtige politische Analyse, die heute jeder Arbeiter haben müßte, herauszuschälen. Wenn man nun trotz seiner eigenen marxisti-

schen Auffassung den einzelnen Arbeiter sowohl als auch die breite Masse in Versammlungen usw. nicht voll und ganz überzeugen kann, so liegt diese Tatsache doch auf tieferen Ursachen begründet.

Eine genaue Untersuchung der bestehenden Verhältnisse sagt uns, daß auf Grund der Tatsache, daß weitläufig die größte Teil der Arbeiterschaft eine marxistische Grundauffassung nicht hat, auch das Verständnis für ein marxistisches Referat nicht immer den erwarteten Erfolg aufweist. Nur von diesem Gesichtspunkte aus kann man das Schwanken und Irren der Massen verstehen. Wir müssen daher aus dieser Erkenntnis heraus unsere Konsequenzen ziehen, wenn wir uns die Aufgabe stellen, die Massen zum politischen Denken zu erziehen.

„Aber die Masse fällt nur in die Wagschale, wenn eine Organisation sie zusammenfaßt und Wissen sie leitet!“, „Und Wissen sie leitet“, das möchte ich dreimal unterstreichen, da uns hier Karl Marx den einzig richtigen Weg zur wirklichen Aktivierung der Massen weist. Man darf das Problem nicht so auffassen, daß man meint, es genüge, wenn die Führer einer politischen Partei das umfassendste Wissen über das Ziel und den Weg des proletarischen Klassenkampfes besitzen. Es könnte zu neuen verhängnisvollen Enttäuschungen führen, auf neue der Arbeiterklasse als hemmende Erscheinung bei ihrem Vorstoß in den Weg treten, wenn wir nicht endlich dazu übergehen, die Massen soweit als möglich mit der marxistischen Theorie vertraut zu machen, damit sie sehen, was wirklich ist und was wird. Nur wenn wir alle Schwächen und Halbheiten des Massenbewußtseins überwinden, werden wir dem Ziele näher kommen, nur mit einer wirklich klassenbewußten Masse können wir den Sieg über den Kapitalismus erkämpfen.

Eine Schulung der Massen wird aber nur dann den gewünschten Erfolg bringen, wenn sie durchgeführt wird von Funktionären, welche selbst tatsächlich in der Lage sind, nach jeder Hinsicht den Aufgaben, die auf der Tagesordnung stehen, gerecht zu werden. Ich verweise hierbei auf den „glänzend marxistisch“ geschulten Funktionärkörper der KPD. Es ist ein großer Fehler, wenn man junge Leute, die einiges von Marx und Lenin gerochen haben und rhetorisch etwas auf der Höhe sind, in öffentlichen Versammlungen zu den Massen sprechen läßt. Es kann wohl in der gegenwärtigen Situation sehr leicht für revolutionäre Schlagworte reißender Absatz unter den Massen gefunden werden. Aber dieselbe Masse, die heute einem revolutionären Phrasologen jubelt, wird ihn morgen zum Teufel wünschen, wenn seine Ausführungen nicht der realen Wirklichkeit entsprechen, sondern nur dazu angetan sind, neue Verwirrung in die Reihen der Arbeiterschaft zu bringen. Darum müssen wir in der Sozialistischen Arbeiterpartei alle Kräfte dafür einsetzen, daß unser Funktionärkörper nicht von halben, sondern von ganzen Menschen gebildet wird. Keine Gelegenheit darf daher ungenutzt bleiben, eine sorgfältige, systematische Schulung des heranwachsenden und auch des bestehenden Funktionärstabs durchzuführen, ganz gleich, ob es im Rahmen der Presse, im Arbeitskreis des Bezirks oder, was den allerstärksten Erfolg gewährleistet, im Rahmen eines engen marxistischen Arbeitskreises geschieht.

Es wäre durchaus notwendig, von seiten der Parteileitung einen bestimmten Plan einer systematischen Funktionärschulung mit entsprechender Literaturangabe aufzustellen, wonach sich unsere Genossen im einzelnen orientieren könnten. Mögen meine Ausführungen auf fruchtbaren Boden fallen: denn: Massenaufklärung, Massenschulung nur durch intensivste Funktionärschulung!

Briefe an die SAZ

Geheimpolitik bis in die Alu!

Ein Martyrium ist die öffentliche Fürsorge für alle, die durch die Wirtschaftskrise ihr anheimfallen.

Ist die Alu an sich ein Mysterium, die Krisenunterstützung eine gnostische Lehre, so feiert heute die Geheimpolitik in der Bedürftigkeitsprüfung wahre Orgien.

Gemeinden wie Gemeindeverbände haben bei Prüfung der Bedürftigkeit durch das Arbeitsamt, in der Krisenunterstützung wie auch in der Alu für verheiratete Frauen mitzuwirken. Ein Unterstützungsantrag wird ohne weiteres abgelehnt, sofern die Vorprüfung des Arbeitsamtes ergibt, daß die Bedürftigkeit angeblich nicht vorliegt.

Jedoch muß in allen andern Fällen vor der Unterstützungsbeurteilung den Gemeinden zur Äußerung über die Bedürftigkeit Gelegenheit gegeben werden.

Wohl kann der Vorsitzende des Arbeitsamtes in den Fällen, wo seitens der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes die Bedürftigkeit nicht bejaht wird, eine Unterstützung nur gewähren oder weiter gewähren, falls er nach ganz genauer Prüfung der Umstände und unter Berücksichtigung der Verhältnisse innerhalb der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes zu der Auffassung gelangt, daß eine Bedürftigkeit bedingt vorliegt.

In anderer Hinsicht bedarf es einer ebenso eingehenden Prüfung, wenn eine Gemeinde nach ihrer Ansicht die Bedürftigkeit bejaht,

das Arbeitsamt jedoch die Unterstützung verweigert.

In beiden Fällen, der Unterstützungsbeurteilung oder -versagung, muß das Arbeitsamt der Gemeinde Kenntnis geben. Eine solche Mitteilung ist nicht notwendig, sofern es sich nur um eine Abweichung in der Unterstützungsbeurteilung handelt.

Vor allem aber ist das Arbeitsamt in diesen Fällen verpflichtet, daß die jeweiligen Mitteilungen der Gemeinden nie zur Kenntnis des Arbeitslosen gelangen; wie auch deren Äußerung an das Arbeitsamt durch den Arbeitslosen selbst nie überbracht werden darf.

Zuletzt und grundsätzlich darf sich das Arbeitsamt bei einer Ablehnung dem Arbeitslosen gegenüber nie mündlich oder schriftlich auf die Äußerung der Gemeinde berufen.

Derartige Dinge schreiben zum Himmel! Ist so etwas überhaupt möglich, psychologisch denkbar? Geheimpolitik, Geheimdiplomatie, Geheimakten und Geheimarchiven innerhalb ihrer letzten sozialen Einrichtung entsprechend zu würdigen wissen.

Darum wird sich auch die gesamte Arbeiterschaft geschlossen und mit allen Mitteln gegen dieses Verfahren wenden. Gamaba

Jugendblatt der SAJ

Jungstaffeln an die Front!

Von Fritz Eisenacher
Frankfurt a. M.

Kampfbereit!

Als im September 1930, die deutschen Nationalsozialisten ihren sichtbaren Erfolg erlebten, ging eine Welle der Ernüchterung und Abwehrbereitschaft gegen den Faschismus durch die Arbeiterschaft. Die Wahlniederlage der SPD schenkte sich umzuwerten in eine starke Aktivierung der Arbeiterschaft. Was daraus geworden, ist uns allen bekannt. Vor allem war es die Jugend in SAJ und SPD, welche die Aktivierung der Bewegung bewirkte.

Spontan bildeten sich in der SAJ, oft in Verbindung mit jungen Parteigenossen (Jungsozialisten), die sogenannten Jungordnergruppen, so z. B. in Berlin und Frankfurt a. M. In Sachsen bestanden diese Gruppen schon früher. Dem Hauptvorstand der SAJ war das sichtlich unangenehm, und bald war auch das Verbot zur Bildung von Jungordnergruppen innerhalb der SAJ da. Man legte damit den Kampfwillen gegen den Faschismus, den die Jugend bekundete, lahm. Das Reichsbanner kam für den überwiegenden Teil der SAJ nicht in Frage, da sie ein solch verschwommenes „republikanisches“ Gebilde ablehnten. In vielen Städten wurden die Jungordnergruppen gegen den Willen des Hauptvorstandes weitergeführt.

Der Ruf zur Schaffung eines Schutzbundes auf dem Boden des Klassenkampfes wurde hauptsächlich von den Genossen in der SAJ und den Jungsozialisten erhoben, ohne jedoch beim Parteivorstand Gehör zu finden.

Bei der Spaltung ging der aktivste Teil der SAJ zum SJV über. Nicht zuletzt sind es auch die Genossen, die Träger der Jungordnergruppen in der SAJ waren. So ist es auch zu verstehen und es liegt auch auf der Linie unserer Arbeit, daß sofort nach Gründung des SJV sich in allen größeren Orten Jungordnergruppen, Jungstaffeln, Aktivgruppen, oder wie man sie nennen möge, bildeten. Es kommt darauf an, diese Gruppen unter einheitlichen Gesichtspunkten zusammenzufassen und zum wertvollen Bestandteil unserer Arbeit und unseres Kampfes zu machen.

Die Tatsache des sozialistischen Schutzbundes läßt manchen zu der Anschauung kommen, daß eine besondere Zusammenfassung im SJV nicht notwendig wäre. Es soll im folgenden gezeigt werden, wie die Organisation am besten zu regeln ist. Dieser Vorschlag ist in Frankfurt a. M. praktisch durchgeführt.

I. Organisation:

1. Jede Ortsgruppe organisiert eine Jungstaffel im SJV.

2. Mitglied der Jungstaffel kann jeder Jugendgenosse werden, der das 17. Lebensjahr vollendet, gesund und ohne körperliche Leiden ist.

3. Die Jungstaffel gilt als die Jugendformation des sozialistischen Schutzbundes. Der Schutzbund stellt keine gesonderte Jugendformation auf. In politischen und Jugendangelegenheiten untersteht die Jungstaffel dem SJV, in technischen dem SSB.

4. Die Jungstaffeln stehen in dauernder Verbindung mit dem Schutzbund. Die Führer der Jungstaffeln gehören zum Führerkreis des SSB.

II. Aufgaben

Außer den Aufgaben, welche die Jungstaffeln im Rahmen des Schutzbundes zu erfüllen haben, müssen sie durch ihren geschlossenen und disziplinierten Aufmarsch die jungen Arbeiter für den SJV begeistern

und mitreißen. Die Jungstaffeln als Vortrupp des SJV haben durch Aktivität, Disziplin und Arbeit dem gesamten Verband als Vorbild zu dienen. Für Propagandaarbeiten, Straßendiskussionsgruppen usw. sind die Jungstaffeln heranzuziehen.

Diese Richtlinien sollen als Anregung zur Diskussion gestellt werden. In vielen Orten

des Reiches wird sicher nach anderen Gesichtspunkten gearbeitet. Diese hier scheinen mir die gangbarsten. Es ist Aufgabe der Reichskonferenz, die Ostern tagt, eventuell einheitliche Richtlinien für diese Arbeit zu geben, um damit eine weitere Möglichkeit zu schaffen zur Aktivierung des Jungproletariats für sein revolutionäres Ziel, den Sozialismus.

Von der Diskussion zur Aktion

Von Herbert Frahm, Lübeck

Wir müssen bei der Auseinandersetzung über die Fragen unserer Jugendarbeit einmal grundsätzlich auf die Wandlung hinweisen, die unsere Gruppen in diesen Monaten durchgemacht haben: die Wandlung von der oppositionellen SAJ-Gruppe zur neu aufbauenden Gemeinschaft sozialistischen Jugendverbandes — und die Folgerungen, die sich daraus ergeben müssen.

Die Arbeit als SAJ-Opposition war ziemlich eng umgrenzt. Die Kritik, grundsätzlich an der SPD-Politik und organisatorisch am Hauptvorstand, kam in den meisten Bezirken nicht weit über den Rahmen der Gruppe hinaus. Und wenn sie schon bis in die Bezirks- oder auch Reichskonferenzen gelangte, dann sorgten SPD- und SAJ-Zeitungen dafür, daß der Oppositionswind nicht zu heftig wehte. Die Jugendgruppen lebten aber nicht nur politisch in dieser organisatorisch aufgezwungenen Isoliertheit, sondern auch in einer selbstgewollten und bewußt aufrechterhaltenen Abgeschlossenheit. Die Ausrede hieß immer wieder: „Die Masse können wir nicht erfassen, wir wollen eine Auslese erziehen, die nachher führend wirken kann im politischen Leben.“ Dabei war schon manchmal der Wunsch der Vater des Gedankens; denn ganz so wild war es wirklich nicht mit der Elite.

Man überschätzte den Grad der Auslese, aber man stellte vor allem immer wieder nur die Frage der Erziehung heraus. Auch — und gerade — bei den oppositionellen Gruppen. Darin scheint mir ein Fehler zu liegen. Nicht, daß ich die neuen Lebensformen, die neue proletarische Gemeinschaftsarbeit und Festkultur als etwas Minderwertiges beiseite lege. Aber sind das Suchen neuer Gemeinschaftsformen, das Streiten um Alkohol und Nikotin und all die anderen Dinge heute unsere Hauptaufgaben?

Lenin hat einmal gesagt: „Wenn wir aber warten wollen, bis die Menschen reif zum Sozialismus sind, dann müssen wir noch fünfhundert Jahre warten.“ Darin liegt auch für uns eine wesentliche Wahrheit. Mit Erziehung allein kommen wir der Tagesaufgabe des Sozialismus nicht viel näher. In ruhigeren Zeiten des Kapitalismus konnte es vielleicht richtig sein, wenn sich die sozialistische Jugend auf das beschränkte, was wir unter „Jugendbewegung“ verstehen, wenn sie eigene Feste zu feiern versuchte und einen ausgedehnten Fahrten- und Spielbetrieb entwickelte. Aber in der heutigen niederbrechenden Epoche des Kapitalismus liegt die Hauptaufgabe außerhalb der Gruppe, in der Aktivierung breiter Schichten der proletarischen Jugend und des Proletariats überhaupt.

Wir müssen endlich Schluß damit machen, in der Gruppe einen Selbstzweck zu sehen. Ob es nicht möglich gewesen wäre, den Sozialistischen Jugendverband von Anfang an auf eine viel breitere Grundlage zu stellen, selbst bei Verzicht auf den einen oder anderen Punkt der Lebensreform, will ich hier nicht untersuchen. Vielleicht ist es nicht möglich, so etwas wie eine Partei der proletarischen Jugend zu schaffen.

Früher sprachen wir von „dem Stück Sozialismus, den wir in unserer Gemeinschaft vorwegerlebten“. Gewiß wollen wir auch jetzt einen guten Gruppeneinstimmung pflegen, an uns arbeiten und auch miteinander fröhlich sein. Aber die Hauptaufgabe liegt jetzt darin, politisch aktiv zu sein. Die politische Aktivität darf nicht allein in der Gruppenarbeit liegen, nicht nur in Gruppenvorträgen, Schulungsabenden und Diskussionen. Das hatten wir früher auch. Unsere Aktivität muß mit ganzer Kraft nach außen gelenkt werden. Unsere Jugend muß mit revolutionärem Elan an die Arbeit herangehen. Das ist gar nicht so selbstverständlich, wie sich das liest. Der SPD gegenüber hat die Jugend eine Abneigung gehabt, tätig zu sein. Und die Partei hat sie auch garnicht tätig sein lassen. Darum zog sich die Jugend in ihre Gemeinschaften zurück. Jetzt kommen manche Genossen ein wenig langsam aus dem Winterschlaf heraus, merken erst recht langsam, wie viele Aufgaben darauf warten, daß sie gelöst werden. Überall müssen Diskussionen mit den Arbeitern entstehen, überall öffentliche Versammlungen, überall muß die Jugend bei den Arbeiten der Partei voran sein. Der Jugendverband muß überall Gruppen bilden, die unsere Zeitungen und Broschüren verkaufen: auf den Stempelstellen, vor den Betrieben, vor gegnerischen Versammlungen, auf der Straße, von Haus zu Haus. Gerade die sogenannte „Kleinarbeit“ mit revolutionärem Elan.

Wir haben keine Zeit zu verlieren. Die Faschisten machen mit ihren Jungs keine Fahrten ins Blaue, sondern lehren sie, Griffe klopfen. Wir haben die Massen, gerade die Massen der durch die Krise mutlos gemachten Jugend, zu mobilisieren, sie in einer Einheitsfront dem Faschismus entgegenzustellen. Gibt es eine höhere Aufgabe für die Jugend?

Wir müssen uns freimachen von den weltfremden Illusionen der Jugendbewegung, müssen fest auf dem Boden stehen, auf dem wir kämpfen sollen. Kämpfen: als junger Vortrupp des revolutionären Proletariats.

Lesefrüchte aus der „Arbeiterjugend“

Selten ist der Unterschied zwischen Theorie und Praxis so klar zutage getreten, selten hat das geschriebene Wort so offen als blutiger Hohn auf die realen Verhältnisse gewirkt, wie dies in der Januarnummer der „Arbeiterjugend“ der Fall ist. Wäre die SAJ wirklich noch eine politische Bewegung, allein dieses Januarheft müßte tausenden von Jungarbeitern die Augen öffnen.

Die Berichte von Siegen über die „Spalter“ sind schließlich nicht so ernst zu nehmen, und die kategorische Ablehnung des Arbeitsdienstes angesichts der Tatsache, daß SAJ- und Jungbannerkameraden in Masse freiwillig Arbeitsdienst leisten, wirkt nur lächerlich. Interessant dagegen ist eine Wendung in dem Artikel „Überwindung der Weltwirtschaftskrise“, der dem Buche „Deutschland und die Weltwirtschaft“ von Gregor Bienstock entnommen ist und mit dem man sich vollinhaltlich identifiziert. Da heißt es nämlich:

„Der nächste Aufschwung, den wir im Verlaufe von ein bis zwei Jahren erhoffen ... usw.“

Ist dieses Eingeständnis den zensurfreudigen Herren vom PV entgangen? Sicherlich. Womit hat die SPD letzten Endes ihre politische Haltung vom Panzerkreuzer bis zur Vierten Notverordnung gerechtfertigt? Doch nur mit der Gewißheit des baldigen Konjunkturaufschwungs, der es den dadurch wieder kampffähig gewordenen Arbeitermassen ermöglicht, dem Faschismus mit anderen Mitteln als dem

der Tolerierung des „kleineren Übels“ entgegenzutreten. Und hier nun das zage Eingeständnis, daß ein kurzer Aufschwung in ein bis zwei Jahren zu — erhoffen sei. Glaubt man wirklich, die Nazis noch so lange von der Macht fernhalten zu können? Und vor allem: wie soll dieser Aufschwung zustandekommen, wo die von Marx schon im Kommunistischen Manifest aufgezeigten Wege zur kapitalistischen Krisenüberwindung heute ungangbar geworden sind? Die Eroberung neuer Märkte kommt nicht mehr in Frage, die ungeheure Vernichtung von Produktivkräften, die wir zur Zeit erleben, bringt keine Besserung der Lage. Woher also nochmals kapitalistischer Konjunkturaufschwung, wenn nicht imperialistische Gewaltlösung auf Kosten der Arbeiterklasse? Der Verfasser kennt einen Ausweg:

„Vielleicht soll man die endgültige Überwindung der gegenwärtigen Stockung im Zusammenhang mit der Entdeckung und Nutzbarmachung irgendeiner neuen Energiequelle erwarten.“

Also, Prolet, warte, bis man vielleicht einmal die Motoren mit Sonnenenergie treibt. Bis dahin wachse ruhig weiter organisch hinein in den Sozialismus. Bis dahin wird weitertoleriert.

Den Vogel jedoch schießt Wilhelm Sollmann ab mit dem Artikel „Eiserne Front gegen den Faschismus“. Vierte Notverordnung und SPD. Nachdem Sollmann die ungeheuren Härten dieses neuesten Abbaudiktats

festgestellt hat, das u. a. „leider staatsfreie und staatsfeindliche Vereinigungen gleich setzt“, gibt er kund, daß nur die Arbeitsunfähigkeit des Reichstags die SPD zur Tolerierung der Verordnung veranlasse.

„Die Sozialdemokraten sind Gegner dieser Notverordnung, weil sie ungeeignet erscheint, das angestrebte Ziel der Wirtschaftsbelebung zu erreichen.“ heißt es ferner. Damit ist klar und deutlich ausgesprochen, daß die SPD in den Maßnahmen der Notverordnung keine Erleichterung der Lebenslage der Massen sieht. Das wird durch Zahlen noch erhärtet. Aber noch keine fünfzehn Druckzeilen tiefer wird im gleichen Artikel angekündigt, daß für die Reichstagsfraktion eine neue Situation geschaffen sei,

„wenn sich herausstellt, daß die Senkung der Preise mit der der Löhne nicht Schritt hält.“

Mit solchen demagogischen Mätzchen wird gegenüber der SAJ die Tolerierung Brünnings gerechtfertigt.

Dieser Brüning übrigens — man höre und staune — ist gar nicht für alle Särten verantwortlich. Man scheint anno 1930 einen Wahlkampf irrümlicherweise geführt zu haben. Denn dieser Brüning war stets mit den Forderungen der SPD voll und ganz einverstanden, nur konnte er „sich im Reichskabinett gegen die rein kapitalistischen Einflüsse nicht durchsetzen.“ Nun, das Sichdurchsetzen scheint ihm bei seinen getreuen Sollmannern dafür um so besser zu gelingen. Sollmann stützt seine Behauptung wohl auf die Feststellung, Hindenburg bedürfe zum Erlaß der

Auf der Bezirkskonferenz des SJV-Berlin hat der Genosse W. Kreßmann in klarer Weise die Aufgaben des SJV aufgezeigt. Der SJV darf nichts mehr gemein haben mit der Politik der SAJ, die nach wie vor die verderbliche Tolerierungspolitik der SPD unterstützt.

Der SJV hat sich nun auch ein neues politisches Programm geschaffen, ein neues Abzeichen — aber keinen neuen Gruß. Der Gruß „Freundschaft!“ paßt für die SAJ ausgezeichnet, denn er dokumentiert das Verhältnis zwischen SAJ und Bürgertum. Aber wir, die wir im SJV organisiert sind, wir kommen nicht allein als Freunde zusammen, sondern uns schweiß viel mehr noch der gemeinsame Wille zum Kampf zusammen, und dieser Wille zum Kampf muß auch im Gruß des SJV zum Ausdruck kommen.

Auf der Berliner Bezirkskonferenz wurde ein Antrag auf Ablehnung des Grußes

Die zweite Nummer des Pionier verboten

„Freundschaft“ gestellt, jedoch abgelehnt. Es wurde als neuer Kampfgruß „Kampfbereit!“ vorgeschlagen, der an Stelle von „Freundschaft!“ im Bezirk Westfalen und einigen Berliner Gruppen eingeführt ist. Nun kann eine Bezirksorganisation auch kaum einen neuen Gruß für den SJV festlegen, doch kann und muß die Reichskonferenz zu dieser Frage Stellung nehmen, die auch einen einheitlichen Kampfgruß finden wird.

Es ist gar keine Frage, daß „Freundschaft!“ unter Genossen ein sehr sinnvoller Gruß ist. Leider sind wir aber nicht immer unter Genossen. Mehr als einmal hat es sich bereits als Notwendigkeit erwiesen, den demonstrativen Rufen politischer Gegner in

Welche Gruppe setzt die meisten Pioniere der dritten Nummer um?

unseren Versammlungen eine Gegendemonstration entgegenzustellen. Man kann aber nicht auf eine faschistische Provokation „Marxismus verrecke!“ mit dem sympathischen Gruß „Freundschaft!“ antworten, wenn die ganze Demonstration nicht einen lächerlichen Beigeschmack bekommen soll.

Es fehlt uns wirklich ein Gruß, der uns anfeuert, und auch dem Gegner etwas entgegenstellt. Wenn der Gruß „Kampfbereit!“, der übrigens nicht nur in Westfalen und einzelnen Berliner Gruppen, sondern auch in Westsachsen auf starke Sympathie gestoßen ist, sich durchsetzen würde, könnte es nur von Vorteil für die äußeren Ausdrucksformen unserer Bewegung sein.

Es bleibt den Genossen immer noch die Möglichkeit, den Gruß „Freundschaft!“ untereinander anzuwenden, wie ja auch in der SAJ sich „Freundschaft!“ und „Frei Heil!“ ohne Kollision vertragen haben. Aber als zentralen Kampfgruß, als demonstrativen Ausdruck unserer Aktionsbereitschaft sollte man den neuen Gruß der revolutionären Jugendbewegung auf den Schild heben:

Kampfbereit!

Notverordnungen der Gegenzeichnung des Kanzlers und der zuständigen Reichsminister. Im Art. 50 RV heißt es nicht „und“, sondern „oder“. Na, solch kleiner „Irrtum“ wird den SAJ-Lesern kaum auffallen. Wer doch was merkt, für den gibt es noch ein weiteres Argument zu bedenken: die Notverordnung würde nämlich auch dann in Kraft treten, wenn die SPD nicht mehr tolerierte. Ja, aber warum dann noch Übernahme der Mitverantwortung? Warum dann noch Duldung statt Kampf? Warum dann noch länger Legalisierung des notverordneten Elends?

„Durch den Wahlkampf hätte sich zweifellos die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands noch mehr verschlechtert.“

Wirklich Deutschlands, Genosse Sollmann? Oder der SPD? Wir wagen nicht zu entscheiden. So wird also

„den Nationalsozialisten weiterhin der Weg zur Regierungsmacht im Reich und in Preußen versperrt.“

Die politisch einsichtigen Genossen der SAJ sollten sich nach diesem Erguß, besonders aber angesichts der Sollmannschen Feststellung, daß nur „eine zahlenmäßig nicht bedeutende Minderheit in der Reichstagsfraktion die jetzige Taktik nicht für richtig hält“, d. h. daß die heutige „politische Linie“ der SPD auf lange Zeit hinaus gesichert scheint, doch überlegen, ob ihr Platz nicht an der Seite jener aufrechten Genossen sein muß, die heute in der SAP für eine zielklare Politik im Interesse der Ausgebeuteten und Entrechteten kämpfen.

Vorsicht! Zerbrechlich!

Unter dem Motto „Wir greifen an!“ tritt die „Eiserne Front“ auf den Plan. Nicht mit Erfolg. Wohl vermochte sie im Industriegebiet in einzelnen Städten Säle zu füllen — mitunter sieht es auch sehr mau aus mit dem Versammlungsbesuch —, aber die Parole „Wir greifen an!“ wird ebenso wenig Wirklichkeit werden wie jene andre seit einem Jahr gehetzte Parole „Wo bleibt der zweite Mann?“. Der zweite Mann ist nicht nur nicht gekommen, sondern die, die jene Parole ausgaben, sind heilfroh, wenn von zwei Mann wenigstens einer bei der Stange bleibt.

Wie steht es denn mit dem Angreifen? Angreifen im politischen Kampfe kann nur, wer über eine feste, begeisterte Anhängerenschaft verfügt, auf die Massen begeisternde politische Taten hinweisen kann oder ein die Massen begeisterndes Ziel hat.

Begeisterte Anhänger hat aber die „Eiserne Front“ nicht.

Und fest gefügt ist sie erst recht nicht. Ihre Glieder setzen sich aus den widerstreitendsten Elementen zusammen, folgen den „Befehlen“ nur zum Teil und selbst dann nur mit innerem Begeistern? Für die Führung und die Führer? Widerstreben. Wofür sollten sie sich auch wegen der Führung schon aus der Front ausnehmen, die christlichen Gewerkschaften sind gebrochen und haben die Rolle des Mitspielens abgelehnt. Sie erklären, daß Wels und Höltermann als Führer für sie nicht in Frage kämen. Ihre Führer seien Brüning, Kaas und Stegerwald. Und man kann es ihnen kaum verübeln. Denn auch die Wels und Höltermann haben sich unter die Führung der Brüning, Kaas und Stegerwald begeben und verzichtet auf eine eigene Politik. Ihr ganzes politisches Tun und Handeln ist seit Jahr und Tag darauf eingestellt, die Führung Brüning's zu sichern und diesen Führer gegen alle Angriffe, woher sie auch kommen mögen, mit dem letzten Rest der ihnen noch verbliebenen Kraft zu verteidigen. Es wäre unbillig, von den christlichen Gewerkschaften zu verlangen, sie sollten zu Brüning und Stegerwald weniger Vertrauen haben, als die Wels und Höltermann ihnen erweisen. Doch wie dem auch sei:

durch die Abstinenz der christlichen Gewerkschaften ist ein Kernstück aus der „Eisernen Front“ ausgebrochen.

Deshalb Vorsicht, damit sie nicht ganz auseinanderfällt und der Bankrott nicht noch offensichtlicher wird! Namentlich, nachdem auch die Hirsche in Duisburg-Beek ein Haar in diesem eisernen Brei gefunden haben und jetzt nach der proletarischen Einheitsfront rufen. Also die Führung und die Führer der „Eisernen Front“ vermögen niemand zu begeistern und niemand anzulocken. Noch weniger gilt dies von ihren politischen Taten und ihrem Ziel. Wie ihre Taten gewirkt haben, zeigt ja das Verhalten der christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Die Freidenkerverbände werden erst recht keine Neigung zeigen, sich für die „Eiserne Front“ zu begeistern, nachdem sie von den Rufem zum „Angriff“, Otto Braun und Karl Severing, in der schärfsten Weise gebüttelt und geschuriegelt worden sind.

Und die freien Gewerkschaften? Gewiß, die Spitzen haben sich für die „Wir greifen an!“-Parole der „Eisernen Front“ erklärt, aber auch nur die Spitzen. Anders die Mitglieder. Sie sind zwar keine Gegner der Parole „Wir greifen an!“, aber nicht im Sinne der Wels und Höltermann und der Gewerkschaftsspitzen.

Sie warteten auf diesen Ruf gegenüber der Lohnabbau-Diktatur durch die Brüning'sche Notverordnung, aber sie warteten vergeblich. Hier wäre eine solche Parole angemessen gewesen, ja, sie wäre die Pflicht der „Spitzen“ gewesen. Aber diese Spitzen ließen höchstens das abgeleierte „Wir warnen!“ hören, wichen im übrigen jeder ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Gegner aus, schluckten Notverordnung und Lohnabbau und Bruch des Tarifrechts, redeten obendrein noch von Opfern, die alle Volkskreise bringen müßten — in Wirklichkeit bringen nur die Arbeiter Opfer —, und wagen jetzt noch, den Gewerkschaftsmitgliedern zu sagen, sie sollten sich in die „Eiserne Front“ einreihen, deren einziges sichtbares Ziel die weitere Tolerierung der gleichen Regierung Brüning ist, die eben erst durch die Notverordnung die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft herabgedrückt, den Erfolg jahrelanger gewerkschaftlicher Kämpfe durch einen Federstrich weggewischt hat.

Würden sich die Gewerkschaftsmitglieder in diese „Eiserne Front“ einreihen, sie würden sie geradezu zu weiteren Notverordnungen aufmuntern,

die sich gegen die Arbeiter richten. So töricht können und werden Arbeiter nicht sein, die als klassenbewußte Arbeiter angesprochen werden wollen.

Fort deshalb mit dem eifrigsten Gerede von dem Zusammenschluß aller Republikaner zu einer „Eisernen Front“! Gewiß, auch wir lehnen eine eiserne Front nicht ab, aber sie muß tatsächlich eisen und deshalb von anderer Beschaffenheit und anderer Zusammensetzung sein als diese reklamehafte „Eiserne Front“, die schon in den Windeln halb gestorben ist.

Die eiserne Front, die wir erstreben, ist die Einheitsfront der Arbeiterklasse.

Helft mit!

Genossen! Helft mit am Aufbau der S. A. P. Unterstützt unsere Arbeit durch pünktliche Zahlungen.

Zur Arbeiterklasse gehören aber nicht die dutzenden Aufsichtsräte der „republikanischen“ Staatspartei, gehören nicht die Klöcker und Brüning der Zentrumspartei oder die Herren des Reichsautoklubs. Die eiserne Front, die wir zu schaffen bestrebt sind und die von Tag zu Tag wuchtiger emporwächst, wird

Mainz

Was nicht in der „Volkszeitung“ steht. Am Donnerstagvormittag hatte sich das hiesige Arbeitsgericht mit der fristlosen Entlassung unseres Genossen Ohlhof aus der Redaktion der „Volkszeitung“ zu beschäftigen. Es dürfte unseren Mainzer Lesern noch einleuchtend sein, daß die fristlose Entlassung unmittelbar nach der dramatischen Auseinandersetzung in der am Sonntag, dem 18. Oktober, abgehaltenen Mitgliederversammlung der SPD erfolgte. Ohlhof hatte in seinem Schlußwort in dieser Versammlung erklärt, daß er auf alle Konsequenzen hin zu den aus der Partei ausgeschlossenen Genossen Seydewitz und Rosenfeld stehe. Zur Begründung der fristlosen Entlassung wurde auf Zwischenfälle zurückgegriffen, die sich bereits einige Tage vorher in der Redaktion abgespielt hatten, nachdem Redakteur Liebshütz die Manuskripte seines Kollegen durchgeschneifelt hatte, um die Aufnahme von Artikeln zu verhindern, die von der vom Parteivorstand vorgeschriebenen Linie abwichen. Da Geschäftsleitung und Aufsichtsrat nach diesem Vorfall ausdrücklich den linientreuen Liebshütz Ohlhof vor die Nase setzen wollten, damit er nicht mehr seine eigene Auffassung im Blatt zur Geltung bringen konnte, hatte Ohlhof seine Stellung gekündigt. Nach dem Ausschuß Ohlhofs besann man sich auf den Zwischenfall, bei dem Ohlhof seinen feinen Kollegen etwas unsanft angefaßt hatte, konstruierte daraus einen Grund zur fristlosen Entlassung. Da Herr Peter, der allmählich berühmt werdende von der Konzentration hier eingesetzte Geschäftsführer der „Volksstimme“, aber offenbar bereits im ersten Termin merkte, daß er damit wohl allein nicht durchkommen würde, machte er geltend, man könne doch der „Volkszeitung“ nicht zumuten, einen Redakteur weiter zu beschäftigen, der einer anderen Partei angehört. Ohlhof hatte schon während seiner Tätigkeit versucht, seine von der offiziellen Haltung der Partei abweichende Meinung in dem dem Parteivorstand gehörigen Blatt zu vertreten. Das könne doch nicht geduldet werden. Er gebe zwar zu, daß Ohlhofs Auffassungen früher von der SPD vertreten wurden, jetzt habe sich aber die Partei längst umgestellt, sie habe den Boden des Klassenkampfes verlassen und versuche, ihr Ziel auf dem Wege der Koalitions- und Tolerierungspolitik zu erreichen. Das Gericht stellte sich auf den

selbstverständlich auch die Republik verteidigen, aber ihr Kampfziel ist nicht diese Republik, sondern

ihre Kampfziel ist die Ueberwindung der kapitalistischen Feinde der Arbeiterklasse, einerlei, ob sie schwarz-weiß-rot oder schwarz-rot-gold drapiert sind. Dieser Kampf kann nicht gemeinsam mit der Staatspartei oder mit Brüning geführt werden, sondern er muß geführt werden ohne sie und gegen sie, weil sie Feinde der Arbeiterklasse sind. E. r.

Standpunkt, daß der Zwischenfall zwischen den Redakteuren zwar bedauerlich und keineswegs zu billigen sei, aber er rechtfertige keineswegs eine fristlose Entlassung. In der Redaktionstätigkeit könne Ohlhof außer der Verweigerung der Zeichnung an einem Tage keine Pflichtverletzung nachgewiesen werden. Diese Weigerung sei nach Ansicht des Gerichts zwar nicht zu billigen, aber kein Grund zur fristlosen Entlassung. Die Ausführungen Ohlhofs in der Versammlung der SPD sei erst recht kein Grund zur fristlosen Entlassung, denn der Redakteur habe wie jeder andere Staatsbürger das Recht, seine Meinung frei und offen zu bekunden und er dürfe deswegen nicht bestraft werden. Besonders beachtenswert ist, daß das Gericht der „Volkszeitung“ sagen mußte, es könne in dem beanstandeten Artikel, den Ohlhof aufnehmen wollte, keinerlei Auffassungen finden, die etwa sozialdemokratischen Anschauungen widersprechen und Ohlhof hätte deshalb auch mit der Absicht, diesen Artikel aufzunehmen, nicht seine Pflicht verletzt. Es kam aus allen diesen Gründen zur Verurteilung der „Volkszeitung“ gemäß dem Antrage des Klägers.

Das Mainzer Gaswerk wird nicht verpachtet. Der sähle Widerstand, den ein Teil der sozialistischen und kommunistischen Stadtratmitglieder in den verschiedenen hessischen Städten den Plänen der Ruhr, die kommunale Gaswirtschaft in Hessen zum Erliegen zu bringen, entgegengesetzt hat — auch dann noch, als auf Betreiben des Hekoga-Vorstandes und des Hekoga-Vorstandes und des hessischen sozialdemokratischen Innenministers Leuschner bereits die Verträge mit der Ruhr abgeschlossen waren — hat nun doch noch dazu geführt, die Ruhrpläne auf absehbare Zeit zum Scheitern zu bringen. Zurzeit wird die Zusammenlegung der kommunalen Gaswerke Mainz und Wiesbaden erörtert. Der Pachtvertrag, den die Ruhr mit Mainz bezüglich des Mainzer Werks abschließen wollte, ist ad akta gelegt. Damit sind die Hekoga-Pläne auf lange Zeit begraben. Worms hat daraus auch schon die richtigen Konsequenzen gezogen und die Auflösung der Hekoga beantragt. Trotz dieser erfreulichen Wendung ist höchste Wachsamkeit am Platz. So lange der jetzige Hekoga-Vorstand noch besteht, ist die Gefahr, daß eines Tages nicht doch der kommunalen Gasversorgung in Hessen das Lebenslicht ausgeblasen wird, nicht geschwunden.

Freiburg i. Br.

Die gefährliche SAP. Zu den Lohnkämpfen, insbesondere der Textilarbeiter, deren an sich niedrige, durch Kurzarbeit noch verkleinerte Hungerlöhne auf Unternehmerrdiktat auf den Stand von 1926 — wie die Unternehmer zugeben, in Wirklichkeit aber auf den Stand von 1924 (!) — gedrückt werden sollen, hatte die SAP Waldkirch und Freiburg ein Flugblatt vorbereitet. Es wurde „wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ verboten, obwohl es nichts anderes enthielt, als was in der „SAZ“ beinahe jeden Tag steht. Die Vorzensur auf Flugblätter ist eben ein besonderes Merkmal der demokratischen Meinungsfreiheit nach Artikel 118 Reichsverfassung.

Sozialdemokratische Studenten rebellieren. Die Sozialistische Studentengruppe Freiburg beschloß mit vier Fünftel Mehrheit den Austritt aus der ganz im SPD-Fahrgewässer segelnden Sozialistischen Studentenschaft. Gleichzeitig wurden Maßnahmen beschlossen, um eine Einheitsfront mit den Roten Studenten (KPD) vorzubereiten. Einige Reformisten drohten mit Austritt und Anlehnung an bürgerliche Studentengruppen, falls die Einheitsfront praktische Gestalt annehmen sollte. Selbstverständlich ist mit solchen „Drohungen“

Lest den „Roten Pionier“

die Einheitsfront nicht aufzuhalten. Hoffentlich nehmen die Sozialisten überall so rasch Vernunft an wie die in ihrer überwiegenden Mehrheit sozialdemokratische Sozialistische St.G. Auch für die Parteibonzen ist dann das nachahmenswerte Vorbild schon gegeben: Anschluß an bürgerliche Gruppen. Wirklich das Beste, was sie für die Einheitsfront tun könnten!

Ahlen

Von der Winterhilfe. Die Ahleener Winterhilfe, um der soviel Geschrei und salbungsvolle Worte gebracht wurden, hat es nicht zuwege gebracht, das Elend nicht aufzuhalten, ja, sie hat es kaum etwas einschränken können. Es sind Lebensmittel, Kohle, Bekleidung und Bargeld gesammelt worden. Aber die Krise greift weiter um sich, Entlassungen und Feterschichten mehren sich, immer deutlicher wird es, daß die freiwillige Liebestätigkeit ein Gefangener des kapitalistischen Niederganges ist. Die soziale Revolution nur allein noch kann das Elend beseitigen.

Schmiergelder-Prozeß Nientimp und Genossen vor der Strafkammer

Mehlschiebungen während der Inflationszeit — Margarinekonzerne zahlten 30 000 Mark an Hundertmark — Die Strafanträge

B. Dortmund, 15. Januar

Im weiteren Verlauf des Schmiergelder-Prozesses Nientimp und Genossen werden Mehlschiebungen Nientimps und Hundertmarks zur Sprache gebracht. Bisher war immer angenommen worden, daß diese Angelegenheit eine gewisse Hörigkeit Nientimps gegenüber Hundertmark heraufbeschworen hat und ihn zu den Zahlungen veranlaßte. Beide verweisen nun darauf, daß sie damals während der Inflation nur ihr Geld gemeinsam in Sachwerten hätten anlegen wollen. Die privaten Mehlkäufe seien nur vorgenommen worden, um nicht an Vermögen zu verlieren. Man hört auch, daß Nientimp Hundertmark bei der „Geweba“ angebracht hat. Es hat eine Art Freundschaft zwischen beiden bestanden, und der Geschäftsführerposten war H. als Aequivalent — beide hatten kurz vorher eine Firma gründen wollen, wovon N. dann plötzlich Abstand nahm — zugeschanzt worden. N. behauptet auch, daß die Zuwendungen, die er H. machte, mit darauf zurückzuführen seien.

Der letzte Punkt der Anklage, der sich mit den Nebenbezügen Nientimps vom Margarinefabrikanten Lindemann beschäftigt, wurde von beiden als Bestechungsakt zurückgewiesen. Lindemann schildert den Kampf der freien deutschen Margarineindustrie mit den Konzernen der holländischen und englischen Industrie, durch den die deutsche Industrie an den Rand des Ruins gebracht worden sei. Nientimp habe sich da für die deutsche Industrie sehr verdient gemacht. Er als Vorsitzender der Vereinigung der deutschen Margarineindustrie habe gern dafür etwas geopfert und 1/2 Prozent des Umsatzes, den er bei den Bäckern erzielt habe, gern gegeben. Lindemann verweist dann darauf, daß gegen den Margarinekonzern, der an Hundertmark 30 000 Mark gezahlt habe, keine Anklage erhoben worden sei. Das liege wohl mit daran, daß dieser Konzern auf Grund seiner Zeitungsreklame, für die er viel Millionen auswerfe, bessere Beziehungen zur Presse habe.

Direktor Horeysek von den Dortmunder Mühlenwerken bleibt dabei, daß er nur zeitweise der Mittelmann zwischen Nientimp und

dem inzwischen verstorbenen Direktor Brandenburg war. Die Persönlichkeit des Verstorbenen hätte ihm Gewähr dafür geboten, daß hinsichtlich der Zahlungen keine unlauteren Machenschaften im Spiel waren. B. habe ihm befohlen, nichts über die Leistungen Nientimps in den Büchern einzutragen!

Nientimp verneint, mit Tränen in den Augen: „Wenn Direktor Brandenburg noch lebte, würde ich hier nicht völlig verarmt als Angeklagter stehen!“

Landgerichtsdirektor Claßen: „Ja, nun ist das ganze Geld wieder weg! Das unrechte Gut ist nicht gediehen.“

Direktor Horeysek versucht nun den Verdacht, daß er sich der Bestechung bzw. der Mittäterschaft schuldig gemacht, dadurch auszuräumen, indem er darauf verweist, daß er Nientimp niemals als Angestellten der „Geweba“, sondern nur als Reichstagsabgeordneten gekannt hat.

Die Beweisaufnahme

Als erster Zeuge wird der Vorsitzende der „Geweba“, Bäckermeister Kleinemann vernommen. Er sagt, daß Nientimp keinen Einfluß auf die Vergebung der „Geweba“-Aufträge hatte, weil dies in den Aufgabenkreis von Hundertmark fiel. Bäckermeister Silberlepe schildert nochmals eingehend die Aufdeckung der ganzen Affäre; er gibt auch zu, daß Hundertmark mal etwas von ihm angebotenen Schmiergeldern gesagt hat. Der Zeuge Mahr, Verkaufsleiter und Reisender der Süddeutschen Margarinefabrik A. L. Mohr aus Mannheim, gibt Auskunft über die Bedingungen, unter denen der von ihm vertretene Margarinekonzern mit der „Geweba“ Geschäfte abschloß. 1/2 Prozent Provision wurden angeboten, wovon 1 Prozent für die „Geweba“ und 1/4 Prozent für Hundertmark persönlich verbucht wurde. Vom Vorstand der „Geweba“ wird zugegeben, daß die 1/2 Prozent für Hundertmark ebenfalls in die Kasse der „Geweba“ geflossen sind. Durch den Zeugen Pedringhaus von den freien deutschen Hefefabriken erfährt man, daß Nientimp auch aus dieser Industriegruppe Vergütungen bezog. Frau Nientimp behauptet, ihr Mann habe

25 000 Mark für Unterstützungszwecke ausgegeben. Den Steuerverfahrungen, von denen sie hörte, hat sie nicht eine so große Bedeutung beigemessen. Vom Zeugen Löhn wird gesagt, daß man Nientimp und Hundertmark hohe Gehälter gezahlt habe, um sie möglichst unabhängig zu machen und gegen alle Untersuchungen im Sinne einer Bestechung von vornherein zu sichern.

Im Anschluß an die Zeugenvernehmung wird ein vom 7. Juli 1929 datierter Brief des Direktor Brandenburg an Nientimp vorgelesen. In diesem Brief heißt es u. a.: „Niemand wird es mir zum Vorwurf machen können, wenn ich einem Reichstagsabgeordneten fortlaufend Beträge für Parteizwecke zur Verfügung stelle.“ Nientimp meint, daß Brandenburg (der es doch wohl wissen mußte!) irrtümlich den Ausdruck „Parteizwecke“ anwende, es müsse da „wirtschaftspolitische Zwecke“ heißen.

Die Strafanträge.

Staatsanwaltschaftsrat Witte verwies darauf, daß Nientimp und Hundertmark, wenn man von dem übrigen absehe, von den Dortmunder Mühlenwerken rund 140 000 M. erhalten hätten. Nientimp habe von diesen Beträgen geschwiegen, aber nicht etwa, um sich vor dem Steuerzahlen zu drücken, er habe ja 25 000 M. für wohltätige Zwecke gegeben (???) und wohl auch nicht aus Angst vor der Kleinlichkeit der Bäckermeister. Eine gegenseitige Unterstützungsabmachung dieser beiden Angeklagten könne auch nicht Nientimp veranlaßt haben, an Hundertmark, der selbst ein Gehalt von monatlich 1400 M. hatte, über 1000 M. monatlich zu zahlen. Es sei also nur anzunehmen, daß es sich in der Tat um Schmiergelder handele! Hundertmark habe nämlich den Finanzbeamten gegenüber erklärt: „Nennen Sie es, wie Sie wollen: man kann es auch so nennen!“ Der Staatsanwalt ließ alle Nebenpunkte der Anklage fallen und beschränkte sich nur auf den Fall der Dortmunder Mühlenwerke. Aus § 12 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb und wegen passiver Bestechung beantragte er gegen Nientimp und Hundertmark je 7 Monate Gefängnis und Verurteilung zum Wertersatz wie im Schöffengerichtsurteil. Er hielt auch den Direktor Horeysek für schuldig, obwohl er alles auf den verstorbenen Direktor Brandenburg abzuwälzen versuche, und beantragte gegen ihn 10 000 M. Geldstrafe, ersatzweise 100 Tage Gefängnis. Bezüglich des Fabrikanten Lindemann beantragte er Freisprechung.

Sportschau der SAZ

Was bringt der Sonntag? Nur Börsenspiele bei den Berliner Fußballern

„Sensationen“ bringt der Sonntag diesmal nicht; unter den Gesellschaftsspielen, die ausgetragen werden, bemerkt man aber manches Treffen, das nicht minder interessant zu werden verspricht. Wir überlassen es den sportbegeisterten Freunden, sich das Spiel herauszusuchen, das ihm seines Besuchs am würdigsten erscheint und beschränken uns heute darauf, das Programm zu veröffentlichen.

Die Spiele der ersten Mannschaften beginnen um 14 Uhr, die der zweiten um 12.15, die Jugend- und Schülerspiele um 10 Uhr.

1. Mannschaften
Storkow — BSV 31 (Bäcker, Normania), Normania — Frohe Stunde (Schmeer, Osp.), Britz 88 — Fichte (Martin, Eiche), Saxonia — Blankenburg (Pankow), Oberspree — Wilmersdorf (Wilde, Südost), Pankow — Nowawes (Mayn, Oberspree), Dtsch. Wusterh. — Osten (Pomptun, SO), Eiche-Köp. — ASV Neukölln (Zillmann, W.), Eiche-Bdf. — Lichterh. II (Janoske, M.), 11.00, Kegel 1 — Werlsee 1 (Mickmann, Herzfelde),

2. Mannschaften
Storkow — BSV 31 (Krüger, Friedersdorf), Normania — Frohe Stunde (Hanelt, Ltbg. I), Britz 88 — Fichte (ASV Neukölln), Saxonia — Blankenburg (Adler 08), Oberspree — Wilmersdorf (Frohe Stunde), Pankow — Nowawes (Hansa 31), Eiche 2 — ASV Neukölln (Britz 88),

3. Bezirk: Eistal 1 — Ketzin 1 (Staaken), Eistal 2 — Ketzin 2 (auslosen).

4. Bezirk, 1. Mannschaften
Volkssport NB — Schöneberg (Fabisch, W.), Treuenbrietzen — Fichte (Mahn, Brück), LT I. Bez. — Tempelhof (Bloßfeld, LTV), Dahme — LT III (Schütze, Hertha).

2. Mannschaften
Schöneberg — Berlin XII 1 (Teltow), Volkssp. NB — Belgiz 1 (auslosen), 12.30, Dahme — LT III (auslosen), Treuenbrietzen — Fichte (auslosen).

Jugend
Dahme — LT III (auslosen), Normania 1 — ASV Neukölln (Südost), Nowawes 1 — Staaken 1 (Potsdam), Eintr. Reindf. 1 — Minerva 1 (Adler 08), Eintr. 2 — Drewitz (Saxonia), 11.00, Wilmersdorf — Teltow (Friedenau), Vorw. Wedding — Lichtenberg I (Pankow), Spielfrei: Min. 2 — Brandenburg 1.

Schüler
Hansa — Minerva (Vorw. Wedding), 9.30, Eistal — Spandau (auslosen), Freie Scholle — Pankow (auslosen), Nowawes — Caputh (auslosen), Spielfrei: Zossen — Drewitz.

Volkssport Neukölln meldet:

Vom Volkssport Neukölln-Britz betreten am Sonntag nur die Hockey- und Fußballspieler die Spielfläche der Plätze 1 und 6 im Neuköllner Stadion. Die Handballer pausieren und werden als eifrige Zuschauer den Spielen ihrer Vereinsgenossen beiwohnen.

Im Hockeyserienkampf der I. Männer gegen Tempelhof I um 14.30 Uhr auf Platz 1 wird Neukölln I erneut ihre ausgezeichnete Form beweisen. Einen knappen Sieg müßten die I. Frauen über Ostrings I um 13.30 Uhr auf Platz 1 davontragen, während die II. Männer an Schöneberg I um 12 Uhr auf Platz 1 die Punkte verlieren werden.

Im Pflichtspiel der 1. Fußballer gegen Schöneberg I um 14.30 Uhr auf Platz 6 müßten sich die Neuköllner sehr anstrengen, um siegreich hervorzugehen. Wenig große Anstrengung hat die II. Männer nötig, um gegen Belgiz I um 13 Uhr auf Platz 6 erfolgreich zu sein.

Im Vogtland

Das Spielprogramm des Sonntag

zeigt endlich wieder ein besseres Gesicht. Die Plätze sind wieder in bester Ordnung. Verschiedene Vereine melden sogar Großkämpfe. So wird Spielvereinigung 23 um 14 Uhr Rebesgrün gegenüberstehen. Es ist das erste Spiel seit dem Kreismeisterschafts-Vorrundenspiel, das aber in spielerischer Hinsicht sicher keinen Rückschlag für die Mannschaft gebracht hat. Die Rebesgrüner Mannschaft — bei der die Bürgerlichen übrigens vergeblich Spielorkauf üben — ist ein würdiger Gegner. Es ist kaum anzunehmen, daß es wieder ein 9:2 Resultat für Spielvereinigung geben wird. — Eintracht und Kleinriesen, zwei ausgezeichnete Mannschaften, werden sich nach einer längeren Pause um 14.30 Uhr auf dem Eintrachtplatz ein Treffen liefern, dessen Ausgang man nicht voraussagen kann. — Auch das Spiel Rempesgrün — Raschau (14 Uhr) wird interessant werden. Beim letztenmal mußte Rempesgrün eine Niederlage einstecken. — Treuen spielt um 14 Uhr gegen Netzschkau. Die Gäste sind in Hochform, Treuen wird kaum die 6:2-Niederlage gutmachen können. — Kürbitz dürfte im Spiel gegen

Eiche, 5. Abteilung, die bessere Mannschaft mit den besseren Chancen sein. — Wacker fährt mit zwei Mannschaften nach Glauchau. Sie werden den achten Bezirk sicher würdig vertreten. — In der zweiten Klasse spielen: Haselbrunn — Eintracht (11.00), Rempesgrün — Raschau (12.30), Eiche, 5. Abteilung — Kürbitz (9.15), Treuen — Netzschkau (12.30), Spielv. 23 — Rebesgrün (12.30).

Vorschau für Handball.

Wiederrum ist nur mäßiger Spielbetrieb, da die Handballer sich am Bezirkswintersport in Schöneck beteiligen.

Schwimmer I — Haselbrunn I, 10 Uhr. Ein spannender Kampf ist zu erwarten, haben doch die Haselbrunner eine Niederlage gut zu machen, was ihnen auch gelingen dürfte. Schiri Gen. Makel.

Schwimmer 2 — Haselbrunn Jgd., 11 Uhr. Schiri Gen. Schmidt.

Haselbrunn 3 — 1. Abt. I, 10 Uhr. Eine Niederlage wird Haselbrunn einstecken müssen, doch liegt es an der Mannschaft, das Resultat günstig zu bemessen. Schiri Gen. Schaller.

5. Abt. 2 — Haselbrunn 2, 14 Uhr. Die spielstärkere Mannschaft stellt Haselbrunn. Ein Sieg ist ihr sicher. Schiri Gen. Stammfeld.

Überall im Reich Kämpfe um die Kreismeisterschaften

Am 17. Januar ist Hochbetrieb in den Vor- und Zwischenrunden um die Kreisfußballmeisterschaften des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. In Rheinland-Westfalen treten die letzten vier Meisterschaftsanwärter in den engeren Wettbewerben. Die Paarungen sind: Obersprockhövel — Düren, Wanne — Barop. Um die Badisch-Pfälzische Meisterschaft tragen Kickers-Ludwigshafen und Rammelsbach das letzte Zwischenrundenspiel aus. Im Kreis Hessen-Mittelrhein spielen die Sieger und Verlierer vom Vorrundentag; Naunheim-Egelsbach und Frankfurt-Bornheim — Frankfurt-Bockenheim. Um die sächsische Meisterschaft spielen VfK.-Südwest Leipzig — Taura, Zittau — Riesa und Sachsen Chemnitz — Niederhaußlau. Die Verlierer scheiden aus dem weiteren Wettbewerb aus. In Württemberg treffen aufeinander: Schramberg — Sindelfingen, Münster — Wangen. In Nordwestdeutschland spielen Porta Nees — Fichte Bielefeld. In Fortsetzung der Spiele um die norddeutsche Kreismeisterschaft (Wasserkante) begegnen sich Kiel Ost Ost und FSV Lübeck. In der Lausitz findet das vorletzte Spiel um die Meisterschaft statt zwischen Cottbus 93 und dem Landsberger Bezirksmeister Schönlanke.

Auch die Handballkreismeisterschaften nehmen langsam ihren Anfang. Der Kreis Hessen-Mittelrhein beëndet sich allerdings und wird mit dem Spiel Frankfurt-Bockenheim — Oberroden bereits die Vorrunde beenden.

Die Fortsetzung des Artikels

„Der Klassenkampf um den Sport“ mußte aus Raumgründen bis Anfang nächster Woche zurückgestellt werden.

Arbeiter-Schach im Erzgebirge

Am Sonntag vormittag 9 Uhr treffen sich die beiden Partner Schneeberg 2 gegen Alberoda im „Kühlen Abend“ Alberoda zu einem Gesellschaftsspiel.

In Aue findet auch in diesem Jahre ein kostenloser Schach-Lehrkursus für Erwerbslose vom 19. 1. 32 an jeden Dienstag und Donnerstag ab 14 Uhr im Zeichensaal der Dürerschule statt.

Hallenfest der Berliner Arbeitersportler

Das diesjährige Hallenfest der Arbeitersportler findet nunmehr bestimmt am 28. Februar in der Arena am Kaiserdamm statt. Fast schien es, als ob die Berliner Arbeitersportler wegen Raumschwierigkeiten auf ihr Winterfest verzichten müssen, an dem neben den einheimischen Sportlern auch die aus dem Reich lebhaft interessiert sind. Die letzten Feste wiesen eine stets zunehmende Beteiligung auf. Erinnert sei nur daran, daß an dem Fest am 7. März 1931 2000 Arbeitersportler aktiv teilnahmen.

Die Kaiserdamm-Arena hat eine Rundbahn von 200 Metern und gestattet einen 75 Meterlauf in der Geraden. Die riesige Halle fast 10 000 Zuschauer und liegt eine Minute vom U-Bahnhof-Kaiserdamm und dem Stadtbahnhof Witzleben entfernt.

Tagung der sächsischen Turn-Spartenleiter

Die am 9. Januar stattgefundene Tagung der Turnbezirksvertreter verdient besondere Erwähnung. Ihr oblag der prüfende Rückblick auf die vergangene Arbeit, Stellungnahme zu Maßnahmen zur Begegnung der Wirtschaftskrise, Genehmigung des Haushaltsplans und Orientierung über Presse- und Berichterstattungen. Genosse Strohbach berichtete. Im Vordergrund seiner Darlegungen stand die Finanzlage. Vielseitige Verwaltungsarbeit mußte geleistet werden, um den Bezirken mit Rat und Tat beizustehen. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, die festes Zusammenhalten aller Kräfte und energisches Vorgehen gegen alle Gegner unserer Organisation forderte. Der Kreisleitung und der Schriftleitung des „SAS“ wurde das Vertrauen wiederum ausgesprochen. kzd.

Organisationsnachrichten

SAP

Ortsgruppe Pankow-Niederschlesien: M.-V. Mittwoch, 20. 1., 20 Uhr, bei Lehmann, Mühlstraße 38, Ecke Maximilianstraße. Ref. Gen. Fliege. Thema: 13 Jahre Volkstaat.

Ortsgruppe Kreuzberg: Sonntag, 17. 1., treffen sich die Genossen der 1. Abt. 8 Uhr früh zur Zeitungsaktion im Lokal Look, Schönleinstr. 6. Pflichtveranstaltung.

Ortsgruppe Charlottenberg: M.-V. 1. Abt. Montag, 18. 1., 20 Uhr, im Lokal Grünig, Pestalozzistraße, Ecke Fritschestraße. Tagesordnung: Stellung zur Lusaner Konferenz. Abt. 2 Dienstag, 19. 1., 20 Uhr, im Lokal Zur Sportklause, Charlottenberg, Wielandstraße 40. Referent: Felix Ziege. Thema: Proletarische Außenpolitik. Abt. 3 Montag, 18. 1., 20 Uhr, im Restaurant „Zum Engelhardt“, Kaiserin-Augusta-Allee 81. Thema: Die Rätevergangenheit, -gegenwart und -zukunft. Referent: Gen. Fliege.

Ortsgruppe Zehlendorf: Öffentliche Versammlung, Freitag, 22. 1., 20 Uhr, im Lindenpark, Zehlendorf, Berliner, Ecke Gartenstraße. Gen. Jacobson spricht über die proletarische Einheitsfront.

Ortsgruppe Friedrichshagen: Mittwoch, 20. 1., 19 Uhr, im Frankfurter Hof, Frankfurter Allee 313 (kleiner Saal). Gen. Käthe Frankenthal spricht über „Mein Weg zur SAP“. Anschließend Wahlen. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Ortsgruppe Tempelhof: M.-V. Mittwoch, 20. 1., 20 Uhr, bei Eela, Niederschlesienstraße, Berliner Str. 26. Wichtige Tagesordnung. Neuwahlen. Montag, 18. 1., 19 Uhr, wichtige Funktionsbesprechung bei Gen. Niedhaller, Oberschlesienstraße, Bismarckstraße 16.

Ortsgruppe Tempelhof-Mariendorf: Montag, 18. 1., neues Lokal: Restaurant „Zur Linde“, Friedrich-Karl-, Ecke Werderstraße. Thema wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Achtung! Sozialbeamte und Fürsorgere Parteigenossen und Sympathisierende geben sofort ihre Anschrift an das Sekretariat, Prenzlauer Allee 34.

Altbesitzer und Interessenten der Kampfgenossenschaft: Sonntag, 17. 1., in der Stadthalle Weißensee, Pistoriusstraße. Zusammenkunft und Vorführungen.

Ortsgruppe Wedding: Dienstag, 19. 1., 20 Uhr, Bildungskursus der Gen. Dora Fabian. Thema: Die Theorie der sozialen Revolution. Im Lokal Löschert, Sparstr. 3, Ecke Bursdorferstr.

Ortsgruppe Wedding: Montag, 18. 1., Funktionsbesprechung, 20 Uhr, bei Barleben, Burgdorferstraße 13.

Prenzlauer Berg, SAP-Sportler: Montag, 18. 1., 20 Uhr, im Alterheim, Danziger Str. 62. Karnevalisierung der Arbeitersportler. Prenzlauer Allee. Tagesordnung: Arbeitersport und Faschismus (Käthe Front). Anschließend Diskussion. Ausweis mitbringen.

Freie Spielplätze Neukölln: Übungsstunden jeden Dienstag, 20-22 Uhr, bei W. Schenk, Neukölln, Rosenstraße 24. Interessenten für Trommeln, Flöten und Schlagzeug werden sachgemäß ausgebildet. Vors. Karl Schults, Karl-Liebknechtstr. 19. Techn. Leiter Richard W. Schults, Manliusstraße 16.

Bezirksverband Berlin: Achtung! Der Referentenkursus fällt am Dienstag, 19. 1., aus.

Ortsgruppe Prenzlauer Berg: M.-V. Montag, 18. 1., 20 Uhr, im Lokal Tacht, Steglitzer, Ecke Dennewitzstraße. Wahl der Abteilungsleitung.

Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Mittwoch, 20. Jan., 194 Uhr, Mitgliederversammlung in den Schönhauser Festspielen, Schönhauser Allee 129. Tagesordnung: 1. Vortrag „Die werdende Revolution“; 2. Bericht vom Bezirksparlament; 3. Wahlen. — Zusammenkunft der Funktionäre eine Stunde früher.

SJV

Heute, Sonntag, 17. Januar:

Unterbezirk Neukölln: Heimabend fällt aus.

Pankow „Erste Reihe“: Treffpunkt für die Knudgebung 1/10 Uhr, U-Bahn Vinetastraße.

Aktionsbezirk Nord: Heim, Lehrtr. Str. 18/19, 18 Uhr, Anna Hartoch: „Die Frau im Klassenkampf“.

Liebknecht-Luxemburg-Vereinsabend: Heute, pünktlich 11 Uhr vormittag, Elvium, Danziger Straße, Ecke Prenzlauer Allee. Eintritt 40 Pf. Karten nach an der Kasse. Abrechnung bis 1/10 Uhr. Fahnen und Transparente mitbringen.

Montag, 18. Januar, 19.30 Uhr:

Charlottenburg-Mitte: Heim, wie bekannt, Tagespolitik.

Falkenberg: Heim, Gemeinschaftshaus, Tagespolitik.

Hansa: Heim, Schleswiger Ufer 16, Aus dem Leben Rosa und Karl.

Köpenick „roter Aufbau“: Heim, Grünauer Str. 5, Feierstunde.

Lichtenberg: Heim, Scharnweberstraße, Unsere Stellung zu

Mitte-Nord „Ernst Toller“: Heim, Tieckstr. 18, Rosa- und Karl-Abend.

Mitte-Süd: Heim, Waisenstr. 18, Einheitsfront II KPD.

Moabit: Heim, Lehrtr. Str. 18/19, Tagespolitik.

Unterbez. Neukölln: Unterbezirksleitungs-Sitzung, 18 Uhr, an bekannter Stelle.

Pankow „Erste Reihe“: 1/20 Uhr, öffentliche Versammlung, Pankower Gesellschaftshaus, Berliner, Ecke Bismarckstraße. Vorzeigung des Mitgliedabuches.

Rainaldendort: Heim, Kopenhagener Str. 24, Außenpolitik.

Süd-West: Lokal Schuster, Proletarische Wehrhaftigkeit.

Mitteilung der BL:

Referentenschule: Montag, pünktlich 20 Uhr. Thema: Massenpsychologie.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schaber. für Inserate: Johannes Hoffmann Verlag Sichel Zeitungsverlagsges. m.b.H. Druck: G. o r g K o e n i g, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2104

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2104

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.40 und RM —.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete

Alle Zahlungen sind zu leisten an: Sichel Zeitungsverlagsges. m.b.H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postbelegkonto: Berlin NW 7, Nr. 158 928.

Volkshäufige
Theater u. Schauspiel
O.-L. Norden 204f
Sonntag u. Montag
8 Uhr
Graßherzogin
von Geroldstein

Rose-Theater
Gröde Frankfurter Str. 132
Tel.: E 7 Wechsel 3472
Sonntag:
8 u. 6 Uhr:
Eine Frau
von Formas
9 Uhr:
Jugendfreunde

Beachtet
unsere
Inserate!

B. WOLLENBERG
langjähriger Mitarbeiter in den Viehhof-Restaurationsbetrieben u. vom Schützenhaus Biesenthal
hat im Hochhaus Berolina am Alexanderplatz eröffnet
Das gutbürgerliche Bier- u. Speise-Restaurant
Nur Qualitätsware zu billigen Preisen
Schwemme Restaurant Stehbierhalle
BERLINER KINDL PSCHORRBÄU BERLINER KINDL
PILSENER URQUELL
Hauptingang in der Tietz-Passage

Reunion Cigarette
Fürst Pückler
1a Qualität rein, mild, nur 5 Pfg.
mit den herrlichen aus Kunstseide gewebten Bildern.

Musiker-Festsäle
Inh.: P. Schönberr, Kaiser-Wilhelm-Str. 31
Empfehle meine Säle, Vereinszimmer
zu Festlichkeiten und Versammlungen
Werbt Abonnenten!

Breslan
Schauspielhaus
Heute u. (tägl. 8 1/2) Uhr
neu einstudiert!
Das Breinaderhaus
mit
Wiederlich Pacher
von der Volksoper
in Wien
und den anderen
Wiener Kisten
Lest den
Klassenkampf

Tüchtiger Chauffeur
mit sächs. Führerschein sucht
per sofort Stellung. Sicherer In- und
Auslandsfahrer, gewissenhafter Wagen-
pfleger (Schlosser und Elektriker).
Unbestraft, absolut ehrlich, fleißig
und pünktlich. Angebote unter
„Chauffeur“
an die Sichel-Zeitungs-Verlagsges.
m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15 16

Lest und verbreitet
die vom Parteivorstand
herausgegebenen Broschüren!

Unerschütter
wie ein Fels im Meer
stehen die deutschen Sparkassen. Es ist kein
Grund vorhanden zur Beunruhigung.
Habt Vertrauen und spart weiter bei der
Städtischen Sparkasse
zu Breslau.

Gastwirtschaft „Zur Erholungsstätte“
Inhaber Hermann Wittho Jeder Genosse sowie Gewerbetätiger
Zimpel, Zimpel Straße 37 besucht dieses schöne Lokal
Straßenbahn-Linie 1, 2 und 18 Billige Preise - Angenehmer Aufenthalt

SAP Der tägliche Vorwärtch

Neue Ortsgruppen

In Stützerbach und Schmölln (Thüringen) sind Ortsgruppen der SAP gegründet worden.

In Rochlitz wurde eine Ortsgruppe des SJV gegründet, der hier die erste proletarische Jugendorganisation ist. Weder SAJ noch KJV konnten bisher Fuß fassen.

SPD wirbt für uns!

In einer von der SPD einberufenen Versammlung in der Nähe von Hannover, in der der frühere Landtagspräsident Leinert sprach, waren 42 Personen anwesend. Von diesen traten 2 zur SAP über.

Nach einem Referat des sozialdemokratischen Parteivorstandsmitglieds Stellung in Rochlitz traten 5 SPD-Mitglieder zur SAP über.

Anna Siemsen

Zu ihrem 50. Geburtstag

„Alle wahre Politik, vor allem alle revolutionäre Politik, ist angewandte Sittlichkeit“.

Anna Siemsen.

Am 18. Januar vollendet Anna Siemsen ihr fünfzigstes Lebensjahr. Das Leben eines Einzelnen ist wichtig für uns, für das Proletariat nur, soweit es gleichnishaft ist, beispielgebend. Aufgewachsen in der weiten Enge eines Pfarrhauses — kein Widerspruch! — kommt diese Frau, religiös-gläubig dem Unendlichen verhaftet, Pädagogin im besten Sinne, zuletzt im tiefsten erschüttert durch das Verbrechen des Kriegs, über notwendige Zwischenstufen zum stärksten Erlebnis, zum Erleben der Gemeinschaft und damit zum Sozialismus. Und damit ist ihre Lebensaufgabe eindeutig festgelegt. Sie heißt Dienst am Proletariat, Dienst für die Befreiung des Menschengeschlechts. Anna Siemsen wird zur revolutionären Politikerin, in dem Geist, wie sie selbst es definiert hat.

Viel bringt sie mit, um ihre Aufgabe zu erfüllen: Glauben und Wissen, helle Erkenntnis und Sicherheit des Gefühls, was soviel seltener ist als Verstand und Wissen. Was sie weiß hat sie erlebt und — sie sagt es selbst in ihren literarischen Streifzügen — „Erleben ist mehr als Wissen“. Auf diesen umfassenden Geist darf man vielleicht das paradox klingende Wort La Bruyères anwenden: „Je n'en sais rien, mais j'en suis sûr“, ich weiß nichts davon, aber ich weiß es sicher. Das hat nichts zu tun, am wenigsten bei diesem Mensch, mit der bequemen Ausrede dieser im Geistigen so zuchtlosen Zeit, mit der Ausrede von der „Intuition“, die Verstand und Vernunft in Acht erklärt, weil sie lieber unkontrollierbar im Zwielficht und Dämmer als in der Klarheit lebt, die sie nicht ertragen kann, da sie ihr das Urteil spricht. Nein, für Anna Siemsen gilt viel mehr das schöne Wort des von ihr geliebten Pascal: „Nichts entspricht so sehr der Vernunft als die Ablehnung der Vernunft in Dingen des Glaubens, und nichts widerspricht so sehr der Vernunft als die Ablehnung der Vernunft in Dingen, die mit Glauben nichts zu tun haben.“ Sie, dieser tief religiöse Mensch, hat das unbedingt gewisse Licht des Sozialismus zu Erb und Eigen, aber dies Wissen wird geweiht aus dem Allgemeinen zum Besonderen, wird ins Bewußtsein gehoben durch die marxistische Erkenntnis, den untrüglichen Kompass jedes Gesellschaftswissens. „Schicksal des Menschen ist das Fortschreiten aus dem Unbewußten zum Bewußten“, so sagt Anna Siemsen. Und: „Phasen der Menschheit werden von jedem einzelnen im eigenen Leben durchlaufen“. So war ihr Leben; ausgezeichnet freilich dadurch, besonders und beispielgebend, daß die Phase, an dem es jetzt hält, (um weiter fortzuschreiten), auf einer höheren als der Durchschnittsebene liegt. So wird es gleichnishaft, überpersönlich.

Doch nun mag die Jubilarin in ihrer Bescheidenheit den Kopf schütteln über uns Unbescheidene, die wir ihr Leben zu deuten wagen, mag sich erinnern an ein eigenes Wort aus ihren literarischen Streifzügen: „Ein Wagnis scheint mir jede Aeußerung über einen Menschen, doppelt waghalsig jede Aeußerung über einen Künstler“. Wie viel waghalsiger erst jede Aeußerung über das Kunstwerk eines gestalteten Lebens! Doch man wird nicht ungestraft fünfzig Jahre alt, am wenigsten dann, wenn man sein Leben nicht für sich, sondern für die Gemeinschaft gelebt hat. Und Anna Siemsen hat wahr gemacht, was sie selbst schreibt: „Wir können uns zur Gemeinschaft nur erziehen, indem wir Gemeinschaft erleben“.

Sie erlebt sie in jedem ihrer Bücher und Broschüren, mehr noch in den Arbeitsgemeinschaften, bei denen sie sich — es ist ja freilich das Schönste für einen Menschen — verschwendet, die Fülle ihres Wissens anderen vermittelt, um sie stark zu machen für den Kampf der Befreiung. Persönlichkeit, die sie ist, erzieht sie durch ihr Wesen zur Persönlichkeit, soweit das unter dem kapitalistischen System geht. Denn, um wieder Anna Siemsen selbst zu zitieren: „Nur die vom Kapitalismus befreite Wirtschaft macht die freie Persönlichkeit möglich“. Es ist selbstsam, so wertvoll und wichtig ihre literarische

Seid barmherzig!

Bitte für die arme Sozialdemokratie

Berlin, 16. Januar.

In der staatsparteilichen „Neuen Badischen Landeszeitung“ plädiert deren ehemaliger Chefredakteur Albert Scheel für Milde gegen die Sozialdemokratie. Das seien doch so gute Kerle, „Marxisten“ nur in Anführungszeichen, brave Kinder, die nichts fordereten und dem Bürgertum alles bewilligten. Man sollte doch wirklich etwas freundlicher mit diesen billigen Bundesgenossen umgehen. Dieses Plaidoyer ist so schön, als daß wir nur ein Wort davon streichen möchten. Es geht so:

„Hätten wir früher mehr toleriert, so brauchten wir jetzt nicht so viel zu tolerieren — soll ein Führer der Sozialdemokratie gesagt haben, der sich dagegen gewehrt hatte, daß Minister Wissel und die Gewerkschaften die notwendige Beitragserhöhung zur Arbeitslosen-Versicherung ablehnten und dadurch den Sturz des Kabinetts Müller verschuldeten. Dieses Wort ist seitdem immer wahrer geworden. Man muß sich in die Situation der Sozialdemokratie hineinversetzen, um zu ermessen, was alles sie tolerieren mußte: sämtliche Notverordnungen nicht nur, sondern in und mit ihnen

eine Wirtschaftspolitik, die allen sozialdemokratischen Grundsätzen widerspricht und Schritt für Schritt einen Abbau alles dessen bedeutet, was der

Sozialdemokratie als soziale Errungenschaft gilt.

Es war freilich, um die sozialdemokratische Unterstützung für das Kabinett Brüning zu erhalten, nötig, einige anfangs erstrebte Sozialreformen, wie zuletzt noch die Aenderung der Invalidenversicherung, auf Wunsch der Sozialdemokratie abzuschwächen oder zu unterlassen. Darüber kann sich nur der wundern, der für elastische Taktik um eines höheren Zieles willen keinen Sinn hat.

Auch das Problem der Invalidenversicherung wird in Kürze im ursprünglich gedachten Sinn gelöst werden, und auch das wird die Sozialdemokratie tolerieren müssen weil es nicht anders geht.

Man sollte aber allgemein in Kreisen, die noch nicht von der Phrase völlig beherrscht sind, daß „der Marxismus“ an aller Not schuld sei, begreifen, wie stark sich die Sozialdemokratie mit dem Tolerieren der Brüning'schen Innenpolitik ihren Anhängern gegenüber belastet, die Sozialdemokratie, die — Hand aufs Herz — sich heute wieder

als Schutzwall vor unseren republikanischen Staat stellt, der noch immer mehr ein Staat des Bürgertums als der Arbeiterschaft ist.

Dieses selbe Bürgertum jedoch läuft den Feinden des gegenwärtigen Staates nach, — doch das ist ein peinliches Kapitel für sich.

Solange die Sozialdemokratie mit ihrer duldenden Haltung nicht durch eine gleich starke Gruppe ersetzt werden kann, die den Erfordernissen einer positiven Aufbaupolitik ebenso Rechnung zu tragen bereit ist wie sie, bleibt sie unentbehrlich, und solange müssen auch ihre Wünsche berücksichtigt werden in Dingen, die sie für lebenswichtig hält. Für

die wahrhaft konservative, staatsertretene Politik der Sozialdemokratie

sollte der vernünftige Teil des Bürgertums Verständnis aufbringen und froh sein, daß dieser „Marxismus“ im großen Ganzen noch unversehrt geblieben ist.

Heute noch unentbehrlich als Helfershelfer des Besitzbürgertums wird die Sozialdemokratie morgen schon „ersetzt“ werden und auf den Abfallhaufen der deutschen „Staatspolitik“ geworfen werden. Sie hat ihre konservierende Schuldigkeit getan. Aber — man stellt es mit Schmerz fest — wie tief muß eine einstmalige sozialistische, revolutionäre Partei gesunken sein, daß eine Zeitung des längst gestorbenen Liberalismus sich als ihr Schützer aufwerfen darf und in dieser Form Brosamen vom Tisch des kapitalistischen Bürgertums für sie erbettelt. Ein Toter plädiert für die SPD — ist das nicht das schlimmste Todesurteil, das eine Arbeiterpartei treffen kann?

Die „Rote Fahne“ verboten

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen wurde „Die Rote Fahne“ einschließl. der Kopfblätter mit sofortiger Wirkung bis zum 18. Januar d. J. einschließlich wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom Polizeipräsidenten verboten.

In der Begründung des Verbotes heißt es: Ein in der Ausgabe vom 15. Januar enthaltener Artikel mit der Überschrift „Mord, Mörder, Mordanstifter“ befaßt sich mit der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Die Ausführungen dieses Artikels sind geeignet, politische Zusammenstöße und Gewalttätigkeiten zwischen Angehörigen verschiedener Parteien herbeizuführen. Außerdem enthält der Artikel auch eine Beschimpfung eines leitenden Beamten des Staates.

Das Verbot der „Roten Fahne“ beruft sich in seiner Begründung u. a. auf eine „Beschimpfung eines leitenden Beamten des Staates“. Es bleibt da leider unklar, ob der Polizeipräsident seinen Vorgänger Richter schützen will, von dem die „Rote Fahne“ behauptet, daß er am Abend des 14. Januar, nach der von ihm veranlaßten „Verhaftung“ Liebknechts und Rosa Luxemburgs auf die Frage, ob man die Gefangenen nicht gleich aburteilen solle, mit eindeutigem Hinweis geantwortet habe:

„Nein, das können wir nicht machen. Aber wenn die Soldaten ihm unterwegs etwas tun...“

Wir wissen nicht, woher die „Rote Fahne“ ihr Wissen über diese angebliche Aeußerung Richters hat, wissen nicht einmal, ob er die ihm von dem Blatt zugeschriebene Rolle spielte.

Wenn Richter sich jedoch wegen des gewiß ungewöhnlich schweren Vorwurfs beschwert fühlen sollte, so wäre das Verbot der „Roten Fahne“ das ungeeignetste Mittel von der Welt, den Vorwurf zu entkräften. Warum verklagt er die „Rote Fahne“ nicht wegen Beleidigung?

Sonst ist in dem Artikel noch der amtierende Reichsanwalt Jorns genannt. Was gegen ihn gesagt wird, bleibt hinter dem zurück, was der Landgerichtsdirektor Marcand vom Amtsgericht Berlin-Mitte gegen Jorns festgestellt hat.

Arbeit ist, so weit gespannt und originell — man müßte eigentlich jedes Werk besonders behandeln — sie tritt zurück hinter der Persönlichkeit, hinter diesem tapferen Leben, das mit soviel physischen Widerständen zu kämpfen hat und sie besiegt. Freilich, es gibt keine höhere Anerkennung für einen Menschen; doch sie drängt sich auf, und so darf man sie nicht verschweigen.

Und wo sollte man bei ihrer literarischen Arbeit anfangen? Mit dem Reisebuch der guten Europäerin und sozialistischen Weltbürgerin Anna Siemsen, das richtungweisend heißt „Daheim in Europa“ und die Widmung trägt „Pieter und seinen Genossen zu eigen“, also der Jugend gewidmet ist? Oder mit den „Literarischen Streifzügen“ durch die Entwicklung der Europäischen Gesellschaft, das wie jenes ein bewußt und gewollt politisches Buch ist, der wohlgeplante Versuch einer gesellschaftskritischen Durchleuchtung im Spiegel von Künstlerpersönlichkeiten, wenn man will eine marxistische Literaturgeschichte? Oder mit den zahlreichen pädagogischen Büchern und Schriften? Zuviel der Fülle für einen Geburtstagsartikel! Alle sind sie politisch, denn „Politik heißt zur nämlich Ordnung der Gesellschaft“. Doch auch hier gibt es eine fortschreitende Entwicklungslinie vom Allgemeinen zum Be-

Brüning soll zurücktreten

„Schweineschmid“ fordert's für DVP

Seine engeren „Freunde“ scheinen Herrn Brüning schon als toten Mann zu betrachten, nachdem er sein glorioles Präsidentenwahl-Unternehmen liquidieren mußte und einer sicheren Niederlage in Lausanne — vom Standpunkt des von ihm geförderten Nationalismus aus — entgegenging. Anders ist es nicht zu erklären, daß in einer volksparteilichen Versammlung der Volksparteier, Staatssekretär z. D. Schmid-Düsseldorf, in weiten Kreisen bekannt als der „Schweineschmid“, Herrn Brüning auffordert,

„nach dem ersten Akt der „Tributkonferenz“ von Lausanne durch seinen Rücktritt den Weg für die geschlossene Wiederwahl Hindenburgs freizumachen“.

So berichtet mit Behagen Hugenbergs Telegraphen-Union. Es ist nicht wahrscheinlich, daß Herr Brüning seinen Freunden von der schwindstüchtigen Partei Drehscheibe freiwillig den Gefallen tun wird; aber es ist sehr möglich, daß es dem immer größer werdenden Kreis der „nationalen Helden“ trotz der treuen SPD gelingen wird, Herrn Brüning ins politische Jenseits zu befördern. Was aber wird dann aus seiner allergetreuesten Tolerierungsopposition, der Sozialdemokratie? An wen soll sie sich anhängen? An Hindenburg oder an Groener? Oder vielleicht doch an Hitler? Sorgen haben sie schon, die armen Leute!

Severing als Groeners Schrittmacher

TU. Berlin, 16. Januar.

Die preußische Regierung hat bekanntlich vor einiger Zeit die Schlageter-Broschüre der Zeitschrift „Das andere Deutschland“ verboten. Der Verlag hat aber mitgeteilt, daß die Bestellungen für diese Broschüre weiter nach Berlin gerichtet werden könnten, da in außerpreußischen Gebieten Deutschlands kein Verbot verfügt worden sei. Der Reichsinnenminister hat sich aus diesem Grunde in einem Rundschreiben an die übrigen Länder gewandt mit der Bitte, sich dem Vorgehen Preußens anzuschließen und die Schrift zu beschlagnahmen.

sonderen. Erstaunlich, mit welcher Schnelligkeit und Treffsicherheit sich Anna Siemsen in das Gebiet der „eigentlichen“ Politik eingearbeitet hat. Wieviele Politiker könnten in dieser Kürze und Prägnanz Kapitel schreiben wie das über Außenpolitik oder Demokratie in ihrem zurzeit letzten Buch, dem 4. der Roten Bücher, das die sozialdemokratischen Programme behandelt? Hier wie überall bewährt sich das wahrhaft Revolutionäre dieses Geistes, der nicht Kotau macht vor überlieferten Größen, der Türen aufreißt, ohne vor politischen Blaubartzimmern zurückzuschrecken, der fertigen Formeln nie Tribut zollt und sich nicht scheut, „alte Tafeln“ zu zerbrechen.

Das macht, daß diese Frau sich die Unbefangenheit eines Kindes erhalten hat, daß die Schärfe ihres Urteils nicht abgetupft ist durch Vorurteil, daß, mögen ihre Erkenntnisse auch oft vor der Erfahrung liegen — das Kennzeichen eines schöpferischen Geistes! — sie immer und je am Gegenständlichen, am Seienden nachgeprüft und dann erst akzeptiert werden. Der Jugend zuerst gilt die Arbeit der Anna Siemsen. So ist sie jung geblieben in der Weisheit des reifen Menschen, immer neu lernend, immer neu vorstrebend, ohne Illusionen, und doch nie erlahmend, weil sie „das Größte“ hat: die

Abzeichenverbot vor der Aufhebung?

TU. Berlin, 16. Januar.

Ueber die Aufhebung des Abzeichenverbots schweben im Reichsinnenministerium schon seit längerer Zeit Erwägungen, da sich bei der Handhabung der Notverordnung Schwierigkeiten ergeben haben. Den Polizeibeamten ist es in vielen Fällen nicht möglich gewesen, die Abzeichen der nichtpolitischen Verbände von den politischen Verbänden zu unterscheiden. Praktisch würde es sich also darum handeln, daß kleinere Abzeichen, Rosetten usw. in Zukunft wieder zugelassen werden. Die Besprechungen sind bereits sehr weit gediehen, so daß in Kürze mit der Aufhebung des Verbots zu rechnen ist. Das Uniformverbot wird hiervon natürlich nicht berührt. Für die Aufhebung des Abzeichenverbots ist eine eigene Verordnung des Reichspräsidenten notwendig.

„Kein glattes Nein“

Frick kommentiert sich

München, 16. Januar.

Im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht Dr. Frick unter der Überschrift „Um die Reichspräsidentenwahl“ eine Erklärung, in der er es als eine Fälschung bezeichnet, daß er in seinen Versammlungsreden in Kempten, Lindau und Wangen der Kandidatur Hindenburgs ein „glattes Nein“ entgegengesetzt habe. Er habe sich vielmehr „nicht so sehr“ gegen diese Kandidatur wie gegen die Fortdauer der Zentrumsdiktatur des Reichskanzlers Brüning gewandt und gesagt, den Nationalsozialisten fiel es nicht ein, die Hand zu einer Verlängerung dieser Diktatur zu bieten. Sie würden, wie schon bisher, jede Gelegenheit ergreifen,

um dieser Diktatur so rasch als möglich ein Ende zu bereiten.

Wenn wider Erwarten der Sturz des Kabinetts Brüning nicht schon früher erfolgen sollte, so sei der Tag der Reichspräsidentenwahl der äußerste Zeitpunkt, um dem System Brüning durch Aufstellung einer nationalsozialistischen Sonderkandidatur die letzte Stütze zu entziehen.

Liebe, die Toleranz, die „unbestochene, von Vorurteilen freie Liebe“, wie Lessing das Wort übersetzt. Zu ihr, die so „helllichtig ist für Menschlichkeiten“, sind auch gekommen wie es Anatole France von sich sagt, der Schmerz und die Liebe, um sie weise zu machen... und milde und nachsichtig, ohne ihren kämpferischen Geist im mindesten zu lähmen. „Er war ein durch und durch gläubiger Mann, d. h. Recht und Gerechtigkeit waren ihm Bedürfnis, und er setzte das gleiche Bedürfnis auch bei anderen voraus“. Das sagt Anna Siemsen von Zola. Gilt es nicht auch von ihr? Bis auf den letzten Passus vielleicht! Aber das macht es nur schwerer, setzt noch tieferen Glauben, noch stärker revolutionäre Gesinnung voraus.

Ihr Leben war und ist ein Kämpfen und Dienen für Recht und Gerechtigkeit. So ist es der Ausdruck einer Zeit geworden. Auch und gerade wenn es gegen diese Zeit gelebt wird. „Angewandte Sittlichkeit“. So wird dies überpersönliche Leben aus der schwankenden Gegenwart zum Wurzeln über den Abgrund des Unbekannten auf den festen Boden der Zukunft. Und so grüßt das Proletariat in der revolutionären Kämpferin Anna Siemsen an ihrem fünfzigsten Geburtstag eine der ihrigen, eine Führerin und eine Gefährtin.

Roter Handel lockt

Dieweil die Blick der breiten Öffentlichkeit auf die bevorstehende Regierungskonferenz in Lausanne gerichtet werden, bereiten sich in den Metropolen Paris und Moskau Entscheidungen vor, die aller Wahrscheinlichkeit nach geeignet sind, dem politischen Gesicht dieser Welt völlig neue Gesichtszüge aufzudrängen. Merkwürdigerweise wird hierüber in Deutschland bisher noch größte Zurückhaltung gewahrt. Wohl unterrichtet die bürgerliche Presse über die schwebenden Verhandlungen, aber eine Ausdeutung ihres tieferen Sinnes sucht man vergebens. Und doch wird gerade Deutschland von dem möglichen Ausgang entscheidend berührt, da es um nicht mehr und nicht weniger als den Verlust der stärksten Figur geht, über die das deutsche Bürgertum bisher auf dem Schachbrett der internationalen Politik verfügte, ein Verlust, der möglicherweise schon in Lausanne in Erscheinung treten wird.

Sechs Nichtangriffspakte

Rein äußerlich gesehen, enthalten die angeordneten Entscheidungen nichts Aufregendes. Es geht um den Abschluß von sogenannten Nichtangriffspakten, über deren präzisen Inhalt gegenwärtig zwischen Rußland einerseits und seinen europäischen Nachbarstaaten andererseits — darunter Polen und Rumänien — die letzten Verhandlungen gepflogen werden. Im ganzen handelt es sich zugleich um ein halbes Dutzend derartiger Abmachungen und einer der Staaten, die zu diesem halben Dutzend gehören, ist auch jenes selbe Frankreich, das seit der Entstehung der Sowjetunion mit dieser in bitterster Feindschaft lag und gerade von Rußland selbst stets als der Roland der kapitalistischen Front gegen den Bolschewismus charakterisiert wurde. Wie? Sollte mit einem Mal auch dieser kapitalistische Staat sich mit Hammer und Sichel aussöhnen wollen und zur Einsicht gekommen sein, daß die so lange unheimlich geschwungene Steilwand des Riesens Rußland keine tödliche Verwundung mehr beizubringen vermag? Man weiß, daß Frankreich unter den kapitalistischen Großstaaten immer zu den unentwegtesten Gegnern des Bolschewismus gehörte. Frankreich hatte nicht den nebensächlichsten Anteil an der Finanzierung jener Generalkriege, die Rußland jahrelang heimsuchten und von ihm unerhörte Opfer forderten. Diese Kriege und der gleichzeitig von Frankreich über Rußland verhängte Boykott waren die Antwort, die die französischen Rentner auf die Zerreißen der Schuldittel durch die Bolschewiken gaben. Frankreich kämpfte um die Anerkennung der Schuldverpflichtungen, die Rußland unter dem Zarismus eingegangen war, und insofern entbehrten die französischen Aktionen bei der französischen Bevölkerung, soweit diese das Rentnertum umfaßt, nicht einer gewissen Popularität.

Die Stimmung schlägt um

Diese Zeit liegt aber weit zurück. Die Stimmung ist auch in Frankreich umgeschlagen. Man fand, daß man nicht ewig mit Rußland im Kriegszustand leben könne, ohne die eigenen Interessen aufs schwerste zu schädigen. Mit kaum verhohlenen Neid blickte man auf die ständig steigenden Einfuhren, die andere Länder — nicht zuletzt Deutschland — nach Rußland tätigen, und begann demgemäß immer eifriger die Frage zu ventilieren, wie dem französischen Kapitalismus selbst der größtmögliche Anteil hieran zu sichern wäre. Ein sinnfälliger Ausdruck dieses völligen Stimmungswandels ist die folgende Betrachtung, die in den kürzlich publizierten Reiseberichten des Chefredakteurs der „Journé industrielle“, Pierre Lyautey, mit Bezug auf Rußland anzutreffen war:

„Wenn jeder Russe eine Uhr tragen will, ist es unvermeidlich, daß die französische und Schweizer Uhrenindustrie davon profitiert... Sprechen wir nicht nur von Hungersnot und Zwangsarbeit in Rußland, sondern wir lieber gründlicher die Industrialisierung, die Marktentwicklung, bringen wir ein in die Geheimnisse und das Räderwerk des russischen Imperiums.“

In der Praxis hatte das kapitalistische Frankreich diesen Ratschlag längst befolgt. Die Handelsbeziehungen zwischen ihm und Rußland waren fortlaufend vertieft worden, und soweit es darob zu Zerwürfnissen und Mißhelligkeiten kam, so nur, weil die russischen Einfuhren aus Frankreich den französischen Einfuhren aus Rußland dem Werte nach weit zurückstehen.

Eine französische Waffe

Ebenso wie Italien deckt die französische Regierung ihren Erdölbedarf für Heer und Marine seit langem aus den russischen Quellen, sehr zum Verdruss der amerikanischen und englischen Petroleumtrusts, die ihren eigenen Absatz entsprechend geschmälert sehen. Doch Frankreichs Regierung hat für diese Einkäufe sehr gewichtige Gründe. Nicht nur sichern ihm die Bezüge aus Rußland vorteilhaftere Preise, sondern es bedarf des russischen Oils auch, um einen Druck auf Englands und Amerikas Konzerne auszuüben, damit diese endlich die Mossulquellen, an denen Frankreich mitbeteiligt ist, durch den Bau einer Rohrleitung nach dem französischen Hafen Tripolis erschließen, um Frankreich auf diese Weise von Amerika und England unabhängig zu machen. Nicht Rußland zuliebe greift somit Frankreich auf das russische Öl zurück, sondern ihm dienen diese Bezüge als

eine mit voller Absicht gegen England und Amerika geführte Waffe, die ihm wichtig genug erscheint, um selbst mit dem Bolschewismus ein Bündnis zu schließen. Nichts kennzeichnet dieses Interesse an russischen Öl auch besser als die Tatsache, daß bei allen seinen handelspolitischen Auseinandersetzungen, die Frankreich in der Vergangenheit mit Rußland hatte und bei denen Frankreich wie üblich zu dem System der Lizenzen, d. h. einer Art Einfuhrkontingentierung griff, die russischen Petroleumlieferungen von jeher aus dem Spiel gelassen wurden. Soweit diese aber darauf gerichtet waren, eine Erhöhung der russischen Bezüge aus Frankreich zu erreichen, schlugen sie samt und sonders fehl und hatten lediglich zum Ergebnis, daß die französisch-russische Handelsbilanz sich noch weiter zum Nachteil Frankreichs verschlechterte. Weitersehende, wie beispielsweise die Monzie, hatten darum längst erkannt, daß Frankreich seine Handelsbeziehungen zu Rußland auf eine andere Basis stellen und zum Abschluß eines regelrechten Handelsvertrages mit Rußland gelangen müsse. Täuscht nicht alles, so ist die Zeit jetzt hierfür reif und haben die Nichtangriffspakte, die gegenwärtig in der Schwebe sind, nur den Sinn, die Voraussetzungen hierfür zu schaffen.

Russische Opfer

Somit Kapitulation Frankreichs vor den Verlockungen des roten Handels, den als Menetekel des kapitalistischen Weltuntergangs zu beschreiben dieses selbe Frankreich noch vor wenigen Monaten nicht müde geworden ist? Wäre dem so, man würde in Moskau bestimmt andere Töne anschlagen, so groß auch immer die Genugtuung über diesen Gang der Dinge dort sein mag. Es ist nämlich unmöglich zu verkennen, daß die Nichtangriffspakte, über die Rußland mit den angrenzenden Staaten zur Zeit verhandelt, gewissermaßen den Preis darstellen, den Rußland für das Zustandekommen erleichterter Handelsbeziehungen zu Frankreich bezahlen muß. Das gilt insbesondere von dem zwischen Rumänien und Rußland zu schließenden Pakt. Hier wird eine Frage berührt, in der Rußland bisher keine Nachgiebigkeit kannte und dertwegen bisher zwischen den beiden Nachbarländern auch das Band diplomatischer Beziehungen zerrissen blieb. Diese Frage ist Bessarabien, jener Gebietsteil, den Rumänien nach Ausbruch der russischen Revolution widerrechtlich an sich gerissen hat. Rußland hat sich mit diesem Landraub niemals abgefunden, sondern ständig erklärt, daß es die von Rumänien vollzogene Annexion niemals anerkennen werde. Wenn es jetzt trotzdem, gleichgültig mit welchen Formulierungen, diesen Einspruch zurückstellt und zu einer Verständigung mit Rumänien bereit ist — die abschließenden Verhandlungen werden zur Zeit in Riga geführt —, dann illustriert dies deutlich das gewaltige Interesse, das auf russischer Seite an einem Ausbau seiner Beziehungen zu Frankreich besteht.

Russische Hoffnungen

In Moskau nährt man nämlich eine Reihe sehr konkreter Hoffnungen. Rußland steht im entscheidenden Jahr der Durchführung seines Fünfjahresplans. So groß und gewaltig das bereits vollbrachte Werk auch immer ist — der Fünfjahrplan steht und fällt mit der Möglichkeit seiner ungestörten Vollendung. Schien es im Anfang der mitten in die Durchführungsarbeiten geplatzten Weltkrise, daß diese den von den kapitalistischen Staaten um Rußland gezogenen Kordon endgültig durchbrechen und Rußland wenigstens von diesen Hemmungen befreien werde, was sich vor allem in einem Wettlauf der Industriestaaten um Sowjetaufträge zeigte, so hat dieselbe Krise in ihrem weiteren Ablauf große Gefahren für Rußland heraufbeschworen. Die Preise gerade derjenigen Produkte, die Rußland als Gegenwert für die benötigten Einfuhren zu bieten hat, sind katastrophal gesunken und zwingen dementsprechend zu ungleich größeren Ausfuhren, als die Verfasser des Fünfjahresplans bei dessen Entwerfung vorgesehen hatten. Das aber bedeutet, daß auch die Einschränkungen, die Rußland seiner Bevölkerung zugunsten des Fünfjahresplans aufzwingen muß, entsprechend ungleich schwerer wiegen. Wäre Rußland aber in der Lage, mit diesen nachteiligen Folgen allenfalls noch fertig zu werden, so drohen die jetzt überall auflebenden Einfuhrdrosselungen die Exportbemühungen Rußlands weitestgehend zu durchkreuzen und damit auch die zur Durchführung des Fünfjahrplans unerläßlichen Einfuhren in Gefahr zu bringen. Ein Ausweg aus diesem Dilemma? Er kann nur gefunden werden in der Beschaffung umfassender Kredite und hierfür kommt nach Lage der Dinge heute ausschließlich Frankreich in Frage, da dieses heute das einzige kapitalistische Land ist, dessen Kreditssystem noch unerschüttert ist und das auch großen Kreditansprüchen zu genügen vermag. Paris ist also Rußland wohl eine Messe wert.

Frankreichs große Rechnung

Ganz aus freiem Willen hat sich aber auch Frankreich nicht zu diesem Einlenken gegenüber Rußland entschlossen. Die Krise hat ihre Schatten längst auch über dieses Land geworfen. Die Beschäftigung der Industrie ist in rapidem Sinken, und die überall zu be-

ängstigender Höhe anwachsenden Zollmauern drohen diesen verhängnisvollen Prozeß noch fortzusetzen. Angestregter als je läßt dies Frankreich darum nach einer Verbesserung seiner Absatzmöglichkeiten ausschauen und da fällt sein Blick naturgemäß vor allem auf Rußland. Was andern verbaut bleibt oder im Ablauf der Krise unzugänglicher wird, vermag Frankreich sich mit seinen gefüllten Tresors zu erschließen. Das ist die eine Seite der französischen Rechnung. Die andere leitet vom Gebiet der Wirtschaft in das der Politik, wie überhaupt Frankreich alle wirtschaftlichen Sicherungen stets und immer zugleich mit politischen zu untermauern bestrebt ist. Langst blickt dieses Frankreich mit größter Sorge auf Rußland als politischen Weltfaktor, wobei namentlich die Vorstellung eines Zusammengehens zwischen Rußland und Deutschland gleich einem Alpdruck auf ihm lastete. Die Befürchtungen in dieser Richtung schienen auch nicht unbegründet und schwellen noch an, je mehr die Beziehungen unter den früheren Alliierten der Lockerung verfielen.

Ein Schachzug gegen Brüning

Beherrscht und sich über alle Bedenken seiner betrogenen Rentner unbekümmert hinwegsetzend, ergriffen Frankreichs Staatsmänner

die ihm durch die Entwicklung in Rußland gebotene Chance, um sich von dem Alpdruck zu befreien und zwischen Rußland und Deutschland einen Keil zu treiben. Das ist der eigentliche und letzte Sinn der jetzt vor dem Abschluß stehenden Nichtangriffspakte. Man versteht darum die Betretenheit, mit der von Berlin aus dem weiteren Gang der Verhandlungen gefolgt wird. Täuscht nicht alles, so besorgt Frankreich durch die vollzogene Schwenkung der Brüning-Regierung in demselben Augenblick auf dem Gebiet der internationalen Politik eine Niederlage, in dem diese wänte, endlich die Freiheit zu haben, das hohe Roß zu reiten und Paris ein vernichtendes Schach zu bieten. Es kann nicht anders sein, als daß die Schatten der hier geschilderten Vorgänge bereits auch auf der bevorstehenden Lausanner Konferenz — wann immer diese steigen mag — sichtbar werden müssen, wie auch unverkennbar ist, daß Rußland in absehbarer Zeit noch zu gedämpfteren Tönen gezwungen sein wird, als es sich deren ohnehin schon seit vielen Monaten befleißigt.

Der rote Handel lockt, nicht minder aber zwingt der Fünfjahrplan zu Rücksichten, die zu nehmen Moskau einst sich entrüstet gewiegert hätte.

Hugenberg als Bankier

Berlin, 16. Januar.

Der vom preußischen Landtag zur Untersuchung der Vorkommnisse, die zum Zusammenbruch der Hugenberg'schen Landbank führten, eingesetzte Ausschuß, hat nunmehr seinen Bericht abgeschlossen. Die Ergebnisse sind für Hugenberg wenig schmeichelhaft. U. a. wird festgestellt, daß die während der Inflation unter dem Einfluß Hugenbergs und der Ostdeutschen Privatbank geratene Landbank im Frühjahr 1925 einen Kredit von 250 000 Mark von den Provinz Posen-Grenzmark nur dadurch erhalten habe, daß ihr leiender Direktor wider Treu und Glauben große bereits bestehende Verbindlichkeiten der Landbank verschwiege. Weiter wird die Hugenbergpresse des unlauteren Versuchs beschuldigt, dem Staat zum Abschluß eines für ihn unvorteilhaften Geschäfts mit den Mitteln publizistischer Angriffe und Drohungen zu zwingen.

Vom Berichterstatter wurde die Vernehmung Hugenbergs vorgeschlagen zwecks Feststellung, ob die Illiquidität der Ostbank tatsächlich durch politische Geschäfte verschuldet worden wäre, was von einem Mitarbeiter Hugenbergs, der zunächst zur Vernehmung gelangte, bestritten wurde.

Der Zusammenbruch der Landbank kostete dem Staat, d. h. der Allgemeinheit, infolge der von Preußen für die Einleger übernommenen Garantie, die runde Summe von 4½ Millionen Mark, was natürlich am wenigsten die Hugenberg-Presse nicht abhalten wird, über die „Verschwendung öffentlicher Gelder“ zu schimpfen, womit sie selbstredend nicht diese 4½, noch die andern vielen Millionen meint, die zur Sozialisierung kapitalistischer Pleiten aufgewendet werden, — und natürlich auch nicht die Subventionen, die hohen Offizierspensionen usw. — sondern allein die sozialen und kulturellen Ausgaben.

30000 Obdachlose

Die Katastrophe in Nordmississippi

Swan Lake (Mississippi), 16. Jan. Der Deich am Lake Grassy und dem Tallahatchiefluß ist infolge des Hochwassers geborsten. Eine über drei Meter hohe Wassermasse ergoß sich über das Becken von Tippe. Das Wasser drang in etwa tausend Häuser ein, deren Bewohner schliefen und nichts von der Gefahr wußten, in der sie sich befanden. Man befürchtet, daß viele Personen ertrunken sind. Das Rote Kreuz schätzt, daß 30 000 Personen obdachlos sind. Die meisten Familien mußten die Nacht auf den Dächern verbringen.

Zink fließt aus dem Schmelzofen

Drei Schwerverletzte

Frankfurt a. M., 16. Januar.

In einer Zinkgießerei und -ätzerie in Frankfurt a. M.-Heddernheim erlitten gestern gegen Abend der Inhaber, sein Sohn und ein Arbeiter durch aus dem Schmelzofen fließendes Zink lebensgefährliche Brandwunden. Alle drei mußten sofort ins Krankenhaus gebracht werden.

Eine Geheimbrennerei ausgehoben

Dortmund, 16. Januar.

Der Zollfahndungsstelle, die bereits am 9. d. M. eine mittlere Geheimbrennerei in Dortmund ausgehoben hatte, gelang es, eine modern eingerichtete große Branntweinbrennerei mit Roh- und Feinbrennereigeräten auszuheben. Sämtliche fachmännisch aus Kupfer hergestellten Geräte und die vorhandenen Spirituvorräte wurden beschlagnahmt. Zwei Geheimbrenner sowie ein Gelübe wurden festgenommen.

Das Schreiberhauer Bobunglück

Ermittlungsverfahren im Gang

Die Hirschberger Staatsanwaltschaft hat wegen des furchtbaren Bobunglücks ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, um festzustellen, ob irgend jemand ein strafbares Verschulden an dem Unglück trifft. Am Freitag waren Oberstaatsanwalt Dr. Engel aus Hirschberg und ein Richter des Amtsgerichts Hermsdorf zur Vornahme der gerichtlichen Besichtigung an der Unglücksstelle. Die Verletzten und Hinterbliebenen der Opfer des Unglücks wollen gegen die verantwortlichen Leiter der Veranstaltung Schadenersatzansprüche geltend machen.

Ein Todesurteil aufgehoben

Leipzig, 16. Januar.

Der wegen des in den Pfingsttagen 1931 an dem Kaufmann Steiner aus Stuttgart im württembergischen Schwarzwald begangenen Raubmordes am 29. September v. J. vom Schwurgericht Stuttgart zum Tode verurteilte Bauarbeiter Gotthilf Lachermajer hat gestern beim Reichsgericht mit seiner Revision durchgesetzt, daß das von ihm angefochtene Urteil wegen eines durchgreifenden Verfahrensverstosses aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen wurde. Nach Ansicht des Reichsanwalts, dem sich auch der erkennende Strafsenat angeschlossen hat, hat das Schwurgericht einen großen Teil des polizeilichen Protokolls in das Urteil aufgenommen, ohne daß dieses Protokoll selbst Gegenstand der Beweisaufnahme gewesen ist.

Eine Tierhandlung in Flammen

Hamburg, 16. Januar.

In der verflorbenen Nacht wurde die Feuerwehr nach einem Hause in der Barmbecker Straße gerufen, wo in einer Tierhandlung Feuer ausgebrochen war. Beim Eintreffen der Feuerwehr stand eine große Anzahl von Tierkäfigen, die in dem Lagerraum untergebracht waren, in Flammen. Viele Tiere waren bereits tot. Die Feuerwehr mußte im Verlauf der Löscharbeiten mehrere Giftschlangen, die durch den Brand aus ihren Terrarien befreit worden waren, töten, da die Löscharbeit durch diese Tiere gefährdet war.

Der Brand ist vermutlich durch eine Petroleumlampe entstanden, die zur Erwärmung unter einem Schlangenbehälter angebracht war. Der Inhaber der Tierhandlung hat durch den Brand einen schweren Verlust an seinem reichen Tierbestand erlitten.

Eine Riesenwerkzeugfabrik

In Moskau wird eine Riesenwerkzeugfabrik „Fraser“ gebaut, die alljährlich für 30 Millionen Rubel Werkzeuge herstellen wird. Die Werke werden jährlich 14,378.000 Standard-Schneidinstrumente, wie Gewindebohrer, Bohrer, Schneidmesser, Beibohlefräser usw. liefern. In der neuen Fabrik werden 2000 ausländische Maschinen verwendet und 5000 Arbeiter beschäftigt werden. Die Reparatur- und Hilfswerkstätten sind bereits in Betrieb gesetzt worden, der erste Teil des Werkes wird am 1. April 1932 in Gang gesetzt werden. Der Vollbetrieb soll dagegen erst im Jahre 1933 beginnen. Die Baukosten werden 43,600.000 Rubel betragen.